



## Belarus vor den Präsidentschaftswahlen

Dokumentation des Fokus Ost-Südost  
in Zusammenarbeit mit DW-RADIO/Russisch

# Belarus vor den Präsidentschaftswahlen

Dokumentation des Fokus Ost-Südost  
in Zusammenarbeit mit DW-RADIO/Russisch

Herausgeber: Deutsche Welle  
Fokus Ost-Südost  
Kurt-Schumacher-Straße 3  
53113 Bonn  
Telefon: 0228 429-4501  
Telefax: 0228 429-4500  
ostfokus@dw-world.de  
[www.dw-world.de/ostfokus](http://www.dw-world.de/ostfokus)

Redaktion: Bernd Johann  
Britta Kleymann  
Markian Ostaptschuk

Bonn, im März 2006

# Inhaltsverzeichnis

<b>VORWORT</b> .....	<b>5</b>
<b>1. STAATSMACHT UND OPPOSITION VOR DEN WAHLEN</b> .....	<b>6</b>
<i>Drei Gegenkandidaten für Lukaschenko</i> .....	6
<i>Medien-Monitoring in Belarus: Opposition kommt nicht zu Wort</i> .....	7
<i>Umstrittene Registrierung der Wahlkandidaten</i> .....	8
<i>Präsidentschaftskandidaten in Belarus leiden unter Finanznot</i> .....	9
<i>Wer wird die Präsidentschaftswahlen beobachten?</i> .....	11
<i>Belarus: Präsidentschaftswahlen schon im März</i> .....	12
<b>2. DIE AUßENBEZIEHUNGEN</b> .....	<b>14</b>
2.1. MINSK ZWISCHEN MOSKAU UND WASHINGTON.....	14
<i>Russland überdenkt seine Politik gegenüber Belarus</i> .....	14
<i>Amerikanische Außenministerin will belarussische Opposition unterstützen</i> .....	16
2.2 DAS VERHÄLTNIß ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT.....	17
<i>Aleksandr Milinkewitsch besucht Europäisches Parlament</i> .....	17
<i>Belarus will stärkere Kooperation mit der EU</i> .....	18
<i>„Die Europäische Union ist auf Belarus nicht vorbereitet“</i> .....	19
2.3 BELARUSSISCH-POLNISCHE SPANNUNGEN.....	21
<i>Belarussisches Fernsehen wirft Polen Spionage vor</i> .....	21
<i>Zuspitzung im Konflikt um Polen-Verband in Belarus</i> .....	22
<i>Warschau zieht Botschafter aus Minsk zurück</i> .....	23
<b>3. DIE INNENPOLITISCHE LAGE</b> .....	<b>25</b>
3.1 LUKASCHENKOS INNENPOLITISCHER KURS.....	25
<i>„Diskreditierung des Staates“ wird in Belarus strafbar</i> .....	25
<i>Maulkorb-Erlass für Belarus</i> .....	27
<i>Lukaschenko bei vielen Belarussen beliebt</i> .....	28
<i>Neue Hürden für politische Parteien in Belarus</i> .....	30
<i>Präsident Lukaschenko gibt sich judikative Befugnisse</i> .....	31
<i>Neues Druckmittel gegen gesellschaftliche Organisationen in Belarus</i> .....	32
<i>Belarus schränkt internationale technische Hilfe ein</i> .....	33
<i>Jahresansprache: Lukaschenko sieht „lichte Zukunft“</i> .....	34
3.2 REGIMEGEGNER UNTER DRUCK.....	35
<i>Belarussisches Fernsehen: Opposition plant Wahlfälschung</i> .....	35
<i>Haftstrafe für belarussischen Oppositionellen</i> .....	36
<i>Schriftsteller als Gefangene des politischen Systems</i> .....	37
<i>Belarussischen Oppositionellen drohen Haftstrafen</i> .....	39
<i>Demonstranten in Belarus müssen ins Gefängnis</i> .....	40
<i>Unabhängiges Meinungsforschungsinstitut in Belarus muss aufgeben</i> .....	41
3.3 STUDENTEN- UND JUGENDBEWEGUNGEN.....	43
<i>Belarussische Jugendbewegung will mit Witz Angst besiegen</i> .....	43
<i>Jugendbewegung „Subr“ unter Druck</i> .....	44
<i>Belarussische Jugendliche kämpfen um ihre Studienplätze</i> .....	45
<b>4. BELARUS UND DIE MEDIEN</b> .....	<b>47</b>
<i>Belarus: Auch Internet gerät unter staatliche Kontrolle</i> .....	47
<i>Rekord-Strafe für belarussische Zeitung</i> .....	48
<i>Deutsche Welle startet Programmfenster für Belarus</i> .....	49
<i>Benita Ferrero-Waldner: „Mangel freier Meinungsäußerung in Weißrussland“</i> .....	50
<i>Neuer Druck auf unabhängige Medien in Belarus</i> .....	51
<i>Zur Situation der unabhängigen Presse in Belarus</i> .....	52

## Vorwort

Der Zugang zu freien Informationen macht eine freie Wahl erst möglich. In Belarus freilich hat die Regierung das Informationsmonopol, die meisten Medien stehen unter staatlicher Kontrolle, unabhängige Zeitungen kämpfen um ihr Überleben. Ungeklärt sind bislang mehrere Fälle von verschwundenen oder ermordeten Journalisten. „Regimegegner verschwinden, es gibt politische Häftlinge, Nichtregierungsorganisationen, politische Parteien und unabhängige Gewerkschaften werden liquidiert und die unabhängige Presse ist praktisch vernichtet.“ Mit diesen nüchternen Worten beschreibt Aleksandr Milinkewitsch, Oppositioneller in Belarus, die Lage in seiner Heimat.

Milinkewitsch tritt, ebenso wie zwei weitere Kandidaten der Opposition, bei den Präsidentschaftswahlen am 19. März gegen den Amtsinhaber, Präsident Aleksandr Lukaschenko, an. Unter den oben geschilderten Umständen zweifelt kaum jemand daran, dass die Wahl die vom Regime gewünschten Resultate liefern wird. Der Sieg des Amtsinhabers scheint so gut wie sicher. Dennoch lohnt es sich, genauer hinzusehen. Eben dies tut die Deutsche Welle.

In ihren Sendungen für Russland und Weißrussland beschäftigt sich die Deutsche Welle schon lange mit der Lage in Belarus. Seit Oktober 2005 strahlt der deutsche Auslandsrundfunk mit finanzieller Unterstützung der EU täglich ein spezielles Programm für Hörerinnen und Hörer in Belarus aus: die „Chronik Belarus“. Über Kurzwelle, Mittelwelle und via Internet gibt es hier Informationen, die den Bürgerinnen und Bürgern dort ansonsten systematisch vorenthalten werden: Berichte zur sozialen Lage und zu den geschönten Wirtschaftsdaten, Reportagen über die Probleme staatsferner Künstler und die Schwierigkeiten für demokratische Jugendorganisationen. Neues aus den unmittelbaren Nachbarländern und aus der Europäischen Union. Vor allem aber: Informationen zur politischen Lage in Belarus. Dabei verschweigen wir nicht, dass viele Menschen im Land treu zu ihrem Präsidenten stehen. Aber wir berichten eben auch über die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, die anders denken. Und wir können feststellen, dass der Bekanntheitsgrad der Oppositionskandidaten trotz aller Widrigkeiten inzwischen deutlich gewachsen ist.

In der vorliegenden Sonderausgabe des Deutsche Welle-Newsletters „Fokus Ost-Südost“ zeigen wir systematisch die Entwicklung der vergangenen Monate in Belarus auf. Herausgekommen ist ein vielfarbiges und facettenreiches Dossier, basierend auf zahlreichen exklusiven Informationen und Berichten. Es versorgt unsere Leserinnen und Leser mit interessantem Hintergrundwissen und trägt dazu bei, den Blick zu schärfen für das, was unmittelbar hinter den Grenzen der Europäischen Union wirklich passiert.

*Cornelia Rabitz  
Leiterin DW-RADIO/Russisch  
März 2006*

# 1. Staatsmacht und Opposition vor den Wahlen

Drei Gegenkandidaten für Lukaschenko

**Die Zentrale Wahlkommission von Belarus hat vier Präsidentschaftskandidaten registriert. Gegen den Amtsinhaber Lukaschenko treten drei Vertreter von Oppositionsparteien an. Fokus Ost-Südost stellt sie vor.**

Vier Politiker haben nach Angaben der Zentralen Wahlkommission von Belarus alle Dokumente eingereicht, die für eine Zulassung als Präsidentschaftskandidat notwendig sind. Das sind der Führer der Liberaldemokratischen Partei, Sergej Gajdukewitsch, der Vorsitzende der Belarussischen Sozialdemokratischen Partei „Gramada“, Aleksandr Kosulin, der derzeitige Präsident Aleksandr Lukaschenko sowie der gemeinsame Kandidat der demokratischen Kräfte, Aleksandr Milinkewitsch. Am 17. Februar erhielten sie in Minsk ihre Zulassungsbescheinigungen. Bildjournalisten führender Nachrichtenagenturen wie AP, Reuters, ITAR-TASS, France Press, aber auch Vertreter anderer Medien, durften an der Übergabe der Bescheinigungen an die Kandidaten nicht teilnehmen. Der Pressedienst von Präsident Lukaschenko teilte mit, nur Vertreter der belarussischen staatlichen Nachrichtenagentur BelTA dürften dort fotografieren.

**Wahlkommission zeigt sich „gnädig“**

Die meiste Zeit nahmen die Berichte der Gebiets-Kommissionen über die Unterschriftensammlungen der Kandidaten ein. Aufregung entstand, als der Sekretär der Zentralen Wahlkommission, Nikolaj Losowik, erklärte, Milinkewitschs Ehefrau habe vergessen, in ihrer Einkommenserklärung die Geldsumme anzugeben, die sie durch den Verkauf eines Automobils erhalten habe. Das wäre ein Grund gewesen, Milinkewitsch als Kandidaten nicht zuzulassen, aber die Zentrale Wahlkommission habe mehrheitlich entschieden, Milinkewitsch dennoch zu registrieren, betonte Losowik. Die Vorsitzende der Wahlkommission Lidija Jermoschina, unterstrich in diesem Zusammenhang, es sei unmöglich, die Wähler zu betrügen, die ihre Unterschrift unter die Anträge auf Zulassung der Kandidaten gesetzt hätten.

**Milinkewitsch prangert Lukaschenko-Regime an**

Milinkewitsch sprach als einziger der Kandidaten ausschließlich in belarussischer Sprache. Er sagte, der Entschluss, an den Wahlen teilzunehmen, sei ihm und seinen Beratern nicht leicht gefallen und fügte hinzu: „Regimegegner verschwinden, es gibt politische Häftlinge, Nichtregierungsorganisationen, politische Parteien und unabhängige Gewerkschaften werden liquidiert und die unabhängige Presse ist praktisch vernichtet.“ Der Oppositionsführer erklärte, dass mehr Menschen Veränderungen wünschten, als angenommen würde. Abschließend verkündete er seinen Wahlslogan: „Freiheit, Wahrheit, Gerechtigkeit“.

**Kosulin: Belarus zum Außenseiter geworden**

Als zweiter erhielt Aleksandr Kosulin seine Zulassung. Seine Ansprache dauerte länger als die vom Zeitplan vorgesehenen fünf Minuten. Der ehemalige Rektor der Belarussischen Staatlichen Universität sagte, 1994 sei es in Belarus zu einer bunten Revolution gekommen. Damals sei Aleksandr Lukaschenko zum ersten Präsidenten gewählt worden. Der Vorsitzende der Partei „Gramada“ dankte Lukaschenko für die Bewahrung der Souveränität des Landes.

Allerdings machte Kosulin danach darauf aufmerksam, dass das Land jetzt ein Außenseiter in der internationalen Arena sei. Er verlangte, dass das umstrittene Referendum aus dem Jahr 2004 vom Verfassungsgericht auf seine Rechtmäßigkeit geprüft werden sollte. Durch dieses Referendum war das Verbot, dass ein und dieselbe Person nicht mehr als zwei Amtszeiten lang als Präsident regieren darf, aufgehoben worden. Nach dieser Äußerung rief Kosulin die Zentrale Wahlkommission auf, Lukaschenko zu den Wahlen nicht zuzulassen.

### **Gajdukewitsch will Stabilität erhalten**

Sergej Gajdukewitsch erhielt als dritter seine Zulassung. Der Führer der Liberaldemokratischen Partei dankte den Wählern, die ihn mit ihrer Unterschrift unterstützt hatten. Er betonte: „Ich setze mir die strategische Aufgabe, dass in Belarus Stabilität, Ordnung und für die Bürger ein würdiges Leben erhalten bleiben.“

### **Lukaschenko: Volk wird eigenständig wählen**

Aleksandr Lukaschenko wurde als letztem die Kandidaten-Zulassung überreicht. Er dankte den Wahlkommissionen dafür, dass sich Belarus positiv von anderen Regionen in der Welt unterscheidet, wo Wahlen häufig die Gesellschaft erschüttern würden. Lukaschenko äußerte die Überzeugung, dass die bevorstehenden Wahlen die belarussische Staatlichkeit weiter festigen werden. „Das belarussische Volk wird seinen Präsidenten eigenständig wählen, ohne Druck von außen, so, wie es in unserer Verfassung steht“, sagte Lukaschenko. Er betonte abschließend: „Als derzeitiges Staatsoberhaupt garantiere ich das.“

*Pawljuk Bykowskij, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 17.2.2006, Fokus Ost-Südost*

## **Medien-Monitoring in Belarus: Opposition kommt nicht zu Wort**

### **Der Belarussische Journalistenverband hat eine Studie zur Wahlkampf-Berichterstattung in den belarussischen Medien vorgelegt. Die Ergebnisse zeigen: Lukaschenko ist allgegenwärtig, alternative Kandidaten kommen kaum vor.**

Im Prinzip ist Kritik an der Staatsmacht in Belarus fast unmöglich, denn die Opposition kommt nicht zu Wort. Das geht aus der vom Belarussischen Journalistenverband veröffentlichten Studie zur Wahlkampf-Berichterstattung in den belarussischen Medien hervor. In den Nachrichten des Fernsehsenders ONT kamen die Gegner von Präsident Aleksandr Lukaschenko im Zeitraum einer Woche zwischen zehn und 15 Sekunden vor, Lukaschenko hingegen eine halbe Stunde. Die staatlichen Medien nutzen jeden Anlass, um etwas Positives über den Präsidenten zu berichten. Kritik an ihm kommt überhaupt nicht vor.

### **Positives Lukaschenko-Bild**

Die Studie über die Wahlkampf-Berichterstattung in den belarussischen Medien basiert auf den Ergebnissen eines Monitorings, das zwischen dem 28. Januar und dem 10. Februar durchgeführt wurde. Die Verfasser der Studie betonen, dass in den staatlichen Medien ein positives Bild von Präsident Lukaschenko dominiert. Alternative Kandidaten kommen praktisch nicht vor. Einige Medien machen für den gemeinsamen Kandidaten der Opposition, Aleksandr Milinkewitsch, jedoch eine Ausnahme.

## **„Böser Milinkewitsch“**

In dem vom ersten Kanal des Staatsfernsehens ausgestrahlten Film „*Satanisches Imperium*“ von Jurij Asarenok werden die USA als Land bezeichnet, in dem „offen der Satan verehrt“ wird. Zu Beginn des Films wird Milinkewitsch gezeigt, worauf eine Stimme sagt: „Sie sind bereit... wie Lakaien jeden Wunsch der Regierung jenes Landes zu erfüllen.“

Insgesamt, so die Autoren der Studie, wird die Opposition in einer nicht personalisierten Form dargestellt, vor allem in einem negativen oder sehr negativen Licht. Ihr böses Image wird mit Medieneffekten geschaffen. Beispielsweise schreibt der Chefredakteur der Zeitung „*Sowjetskaja Belorussija*“ und Mitbegründer der Zeitung „*Presidentskaja administracija*“, Pawel Jakobowitsch: „Ich werde das Gefühl nicht los, dass Milinkewitsch trotz seines respektablen Aussehens ein gefährlicher Mann ist.“

## **Wenn der Präsident küsst**

Noch vor der offiziellen Registrierung der Präsidentschaftskandidaten strahlte der Sender ONT ein weiteres Propaganda-Produkt aus. Auf einem ihrer Konzerte sagte die Sängerin Ilona Bronewizkaja vor ihrem Publikum: „Ich hatte das Glück und die Ehre auf der Bühne des Slawischen Bazars zu stehen. Es kam Aleksandr Grigorjewitsch [Lukaschenko]. Er überreichte uns Blumen und küsste uns. Mein Gott, ein richtiges Beben erfasste mich! Hoch lebe Belarus!“

## **Schweigen beim Staatsfernsehen**

Der Parlamentsausschuss für Menschenrechte und Medien wollte sich zu den Ergebnissen des Monitorings nicht äußern. Der Deutschen Welle wurde lediglich mitgeteilt, beim Ausschuss seien zwei Vertreter für Pressefragen zuständig, von denen einer gerade nicht da und der andere beurlaubt sei. Der Vorsitzende des Ausschusses sei ebenfalls im Urlaub. Versuche, herauszufinden, wie die Belarussische Fernseh- und Radiogesellschaft die Studie bewertet, schlugen ebenfalls fehl. Die Pressestelle lehnte jegliche Stellungnahmen ab. Es gelang nur, die Meinung des Sekretärs der Zentralen Wahlkommission, Nikolaj Losowik, herauszufinden. Er betrachtet die Berichterstattung in den staatlichen Medien über Lukaschenko nicht als Wahlkampf-Werbung.

*Jelena Danejko, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 15.2.2006, Fokus Ost-Südost*

## **Umstrittene Registrierung der Wahlkandidaten**

### **Der Zentralen Wahlkommission von Belarus zufolge werden sich laut Ergebnis der Unterschriftensammlung vier Kandidaten um das Präsidentenamt bewerben. Die Opposition kritisiert den Verlauf der Unterschriftensammlung.**

Am 30. Januar hat der Sekretär der Zentralen Wahlkommission von Belarus, Nikolaj Losowik, ein vorläufiges Ergebnis der Unterschriftensammlung der Präsidentschaftskandidaten bekannt gegeben. Um für die Wahl am 19. März zugelassen zu werden, müssen die Kandidaten mindestens 100.000 Unterschriften einreichen.

Den Kampf um das höchste Staatsamt werden wohl vier Bewerber fortsetzen. Aleksandr Lukaschenkos Initiativgruppe reichte Losowik zufolge etwa zwei Millionen Unterschriften

ein. Dem Führer der Liberaldemokratischen Partei, Sergej Gajdukewitsch, und dem Führer der Belarussischen Sozialdemokratischen Partei „Gramada“, Aleksandr Kosulin, sei es gelungen, jeweils etwa 150.000 Unterschriften zu sammeln. Das Team des Kandidaten der vereinigten Opposition, Aleksandr Milinkewitsch, habe etwa 200.000 Unterschriften vorgelegt.

Bis zum 21. Februar sollen die Unterschriften nun gemäß der Gesetzgebung von der Zentralen Wahlkommission geprüft werden. Der Vorsitzende der Kommission, Losowik, meint aber, dass die Zulassung der Präsidentschaftskandidaten schon früher, zwischen dem 16. und 19. Februar, abgeschlossen sein könnte.

### **Beschwerden nur von Oppositionskandidaten?**

Die Unterschriftensammlung verlief nach Losowiks Ansicht „frei und praktisch konfliktfrei“. Dem stimmt aber die belarussische Opposition nicht zu. Milinkewitschs Wahlstabsleiter Sergej Kaljakin ließ mitteilen: „Wir beobachten heute nichts anderes als eine Strafsache, ein Verbrechen der Staatsmacht.“ Losowik hingegen erklärte, bei der Zentralen Wahlkommission sei keine einzige Bürgerbeschwerde gegen die Staatsmacht eingegangen. Beschwerden habe es nur seitens der Wahlstäbe der oppositionellen Kandidaten gegeben.

Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Aleksandr Wojtowitsch, und der Chef der Konservativ-christlichen Partei Belarussische Volksfront, Senon Posnjak, lehnten eine weitere Teilnahme am Wahlkampf ab, aus Protest gegen unfaire Spielregeln. Der unter Arrest stehende Sergej Skrebez zog seine Kandidatur zugunsten von Aleksandr Kosulin zurück. General Walerij Frolow reichte zwar Unterschriften ein, aber nur etwa die Hälfte der benötigten Anzahl von 100.000.

### **Empörung nach Lukaschenko-Interview**

Die Gegner der Staatsmacht beschwerten sich außerdem über ein 1,5 Stunden langes Interview mit Präsident Lukaschenko, das am 27. Januar von drei belarussischen Fernsehsendern ausgestrahlt wurde. Darin hatte Lukaschenko seinen Konkurrenten vorgeworfen, vom Westen Geld zu erhalten, um im Lande Unruhe zu stiften. Anatolij Lebedko von der vereinigten Opposition legte gegen Lukaschenkos Behauptungen Beschwerde bei der Zentralen Wahlkommission ein. Milinkewitschs Vertreter fordert, ein Verfahren wegen Verbreitung falscher Tatsachen einzuleiten, Lukaschenko eine weitere Teilnahme an den Wahlen zu untersagen oder den anderen Kandidaten eine ebensolche Möglichkeit zu geben, im Fernsehen aufzutreten.

*Sergej Pantschenko  
DW-RADIO/Russisch, 30.1.2006, Fokus Ost-Südost*

## **Präsidentschaftskandidaten in Belarus leiden unter Finanznot**

**Die Präsidentschaftskandidaten in Belarus erhalten für ihren Wahlkampf Geld vom Staat. Absichtlich zu wenig, meint die Opposition. Aber andere Finanzquellen sind verboten. Bei Verstoß droht der Ausschluss von den Wahlen.**

Jeder Präsidentschaftskandidat in Belarus wird aus dem Staatshaushalt etwa 70 Millionen belarussische Rubel (ca. 25.000 Euro) erhalten. Das teilte die Vorsitzende der Zentralen

Wahlkommission Lidija Jermoschina mit. Sie machte ferner darauf aufmerksam, dass es den Kandidaten untersagt ist, eigene Mittel sowie Geld von politischen Parteien, gesellschaftlichen Vereinigungen und Bürgern zu verwenden. Jeder, der sich mit Wahlen auskennt, weiß, dass mit 25.000 Euro kein vollwertiger Wahlkampf geführt werden kann. Und das bedeutet, dass die Kandidaten gezwungen sind, andere Finanzquellen zu nutzen, die aber nun untersagt wurden. Verstöße gegen das Gesetz können dazu führen, dass der entsprechende Kandidat von den Wahlen ausgeschlossen wird.

### **Kosten nicht gedeckt**

Walerij Uchnaljew vom Wahlstab des oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Aleksandr Milinkewitsch meint, dass man mit den 70 Millionen Rubel nur wenig anfangen könne. Er sagte der Deutschen Welle: „Für das Geld kann man 50.000 bunte DinA3-Plakate und 450.000 DinA4-Broschüren drucken.“ Uchnaljew betonte, das vom Staat zur Verfügung gestellte Geld könnte nur für Druckerzeugnisse reichen. Die Mieten für Räumlichkeiten, Transportkosten und andere Ausgaben könnten damit nicht gedeckt werden.

Aus der Zentralen Wahlkommission verlautete, dass staatliche Räumlichkeiten den Kandidaten kostenlos zur Verfügung gestellt würden. Allerdings, so Uchnaljew, habe die Erfahrung aus bisherigen Wahlkämpfen gezeigt, dass solche Räumlichkeiten meist angeblich bereits belegt seien. Er sagte: „Das bedeutet, dass man beispielsweise das Kulturhaus des Automobilwerks mieten muss, aber Geld ist dafür nicht vorgesehen.“

### **Opposition benachteiligt**

Wladimir Gontscharik, der bei den Wahlen 2001 als einziger Kandidat von der Opposition antrat, unterstrich gegenüber der Deutschen Welle: „Eine solche Summe wird nur deswegen zur Verfügung gestellt, damit nur der eine, allen bekannte Kandidat gewinnt.“ Gontscharik erinnerte daran, dass im Unterschied zum Jahr 1994, als Aleksandr Lukaschenko die Wahlen gewann, heute keine Fernsehdebatten mehr durchgeführt werden. Der Opposition sei der Zugang zu den staatlichen Medien völlig verwehrt. Er unterstrich: „Wenn Lukaschenko unter den heutigen Bedingungen kandidieren würde, als gewöhnlicher Kandidat, dann würde er niemals siegen.“

### **Unterstützung über Umwege**

Sergej Loschkin, der im letzten Präsidentschaftswahlkampf als PR-Fachmann tätig war, bezeichnete im Gespräch mit der Deutschen Welle die Summe von 70 Millionen Rubel als lächerlich. Er betonte: „Das zwingt die Kandidaten, ein ‚Schattenbudget‘ zu nutzen.“ Dabei müsse es sich nicht unbedingt um Geld handeln. Beispielsweise erhielten gesellschaftliche Organisationen Zuschüsse für ihre Tätigkeit, die angeblich nicht auf einen konkreten Kandidaten abziele, faktisch aber ihn unterstütze, so Loschkin. Der PR-Fachmann meint, das Wahlgesetz in Belarus sei sehr streng: „Weltweit ist es üblich, dass Kandidaten eine Wahlkasse einrichten. Wenn ein Kandidat uninteressant ist, dann kann er nicht viel Geld sammeln und den Wahlkampf auch nicht gewinnen.“

### **Lage bereits entschieden**

Die Politikwissenschaftlerin Swetlana Naumowa ist der Ansicht, dass Geld im jetzigen Wahlkampf keine entscheidende Rolle spielt. Sie sagte der Deutschen Welle: „Natürlich, mit 25.000 Euro können sie nicht einmal die Bürger informieren. Aber auch wenn irgendein Gegenkandidat 100 Mal mehr Ressourcen hätte, würde dies nicht helfen.“ Naumowa meint,

die belarussische Gesellschaft sei ziemlich politisiert und polarisiert. Deswegen sei es unmöglich, in den zwei Monaten bis zu den Wahlen die Situation grundlegend zu verändern.

*Sergej Pantschenko  
DW-RADIO/Russisch, 23.1.2006, Fokus Ost-Südost*

Wer wird die Präsidentschaftswahlen beobachten?

**Bis zu den Wahlen in Belarus bleiben knapp zwei Monate. Das Außenministerium des Landes hat zwar Wahlbeobachter eingeladen, kritisiert diese aber scharf. Die Opposition setzt unterdessen auf Selbsthilfe.**

Der neue OSZE-Vorsitzende, der belgische Außenminister Karel De Gucht, hatte bereits am 12. Januar in seiner ersten Rede als OSZE-Vorsitzender vor dem Ständigen Rat der 55 Mitgliedsländer in Wien Belarus aufgefordert, eine Delegation des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte zur Beobachtung der Präsidentschaftswahl einzuladen. Inzwischen hat das belarussische Außenministerium diese Einladung ausgesprochen.

### **Kritik an OSZE -Beobachtern**

Der Sekretär der Zentralen Wahlkommission von Belarus, Nikolaj Losowik, sagte der Deutschen Welle, die Staatsführung beabsichtige, internationale Beobachter einzuladen, unter anderem von der OSZE und der GUS. Losowik unterstrich jedoch zugleich, er habe keine Illusionen, was die Objektivität der Beobachter vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte betreffe. Der Sekretär der Zentralen Wahlkommission betonte: „Offen gesagt, ich denke, dass man sie nach dem Bericht des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte über die Parlamentswahlen und das Referendum (im Jahr 2004) nicht mehr einladen müsste. Sie waren nicht objektiv und inkorrekt, es waren empörende Ausfälle gegen unsere Seite.“ Man werde sie nur einladen, damit man Belarus nicht vorwerfen könne, sich zu verschließen und internationale Beobachter zu fürchten, erläuterte Losowik.

Das Recht, Wahlbeobachter einzuladen, hat auch das belarussische Parlament. Doch Sergej Kostjan, stellvertretender Vorsitzender des Parlamentsausschusses für internationale Angelegenheiten, sagte der Deutschen Welle: „Ehrlich gesagt, wozu brauchen wir sie? Es müssen nur diejenigen eingeladen werden, die uns achten und friedlich zu uns kommen“, fügte der Politiker hinzu.

### **Wahlbeobachtung nur begrenzt möglich**

Wladimir Gudejew, der dem Wahlstab des Präsidentschaftsanwärters Aleksandr Kosulin angehört und die gesellschaftliche Organisation „*Belarussischer Wähler-Klub*“ leitet, sagte der Deutschen Welle auf die Frage, ob belarussische Politiker eigene Wahlbeobachter aufstellen werden, zurzeit könne jeder Politiker lediglich zwei bis drei Wahllokale in einem Bezirk oder in einer Stadt mit eigenen Wahlbeobachtern besetzen.

Gudejew erklärte: „Wenn ein Wahlbeobachter qualifiziert und gewissenhaft ist, dann kann er die meisten Verstöße aufdecken und verhindern. Aber nur jeder fünfte Beobachter wagt es, sich bei der Staatsanwaltschaft oder vor Gericht zu beschweren.“ Zum Wahlgang selbst sagte

Kosulin: „Ein Beobachter erhält nicht die Möglichkeit, die Stimmenausählung zu beobachten, sie erhalten auch nicht die Abschlussprotokolle. Ferner darf er nicht die Wahlurnen kontrollieren, die nächtelang in den Exekutivkomitees stehen, wo man eine beliebige Anzahl von Stimmzetteln einsehen kann.“

### **Demokratische Kräfte bereiten sich vor**

Sergej Wosnjak, Leiter des Pressedienstes des Kandidaten der demokratischen Kräfte Aleksandr Milinkewitsch, betonte gegenüber der Deutschen Welle, die demokratischen Kräfte beabsichtigten, mehrere Tausend Beobachter aufzustellen. Sie würden von gesellschaftlichen Organisationen und Parteien kommen, aber auch durch die Unterschriftensammlung rekrutiert werden. Wosnjak betonte, derzeit würden die Beobachter für ihren Einsatz geschult. Der Einsatz gelte nicht einem konkreten Kandidaten, sondern der Einhaltung des Wahlgesetzes.

*Sergej Pantschenko  
DW-RADIO/Russisch, 19.1.2006, Fokus Ost-Südost*

Belarus: Präsidentschaftswahlen schon im März

### **Ursprünglich sollte in Belarus erst im Sommer gewählt werden. Doch nun hat das belarussische Parlament einstimmig einem früheren Wahltermin zugestimmt. Ist der Sieg Lukaschenkos damit vorprogrammiert?**

Alle Bewerber für den Präsidentschaftsposten müssen bis Weihnachten ihre Gruppenlisten bei der Wahlleitung einreichen, die ihre jeweilige Kandidatur unterstützt. Der Grund, warum Lukaschenko es so eilig hat, sich für eine dritte Amtszeit wählen zu lassen, liegt auf der Hand, so Aleksandr Feduta, ein unabhängiger Politikwissenschaftler aus Belarus: „Im Moment hat Lukaschenko einen deutlichen Zeitvorsprung. Da er merkt, dass sein Herausforderer in den Regionen immer populärer wird, will er die Wahlkampfzeit auf ein Minimum reduzieren.“

Um seine potentiellen Gegner auszuschalten und eine Revolution nach dem Vorbild der Ukraine im Keim zu ersticken, hat der autoritär regierende Präsident Lukaschenko eine Reihe von Gesetzen eingeführt, die Andersdenkende hart bestrafen: Bei so genannten „schädlichen“ Kontakten mit ausländischen Staaten oder Institutionen drohen bis zu zwei Jahren Gefängnis. Strafbar macht sich auch, wer „bewusst falsche Informationen über die Entwicklung in Belarus“ verbreitet. Welche Informationen als falsch anzusehen sind, liegt dabei im Ermessen des Staates.

### **60 Prozent Zustimmung ohne Manipulation**

Somit hat Lukaschenko die meisten Vorbereitungen getroffen, um die Wahl zu gewinnen. Seine Chancen auf die dritte Amtszeit stehen gar nicht so schlecht, bestätigt Oleg Manaev, Leiter des unabhängigen Instituts für sozioökonomische und politische Forschungen (NISEPI): „Nach den letzten Meinungsumfragen genießt der belarussische Präsident Lukaschenko das Vertrauen von 47 Prozent der Bevölkerung. Wenn die Präsidentschaftswahl am kommenden Sonntag stattfinden würde, könnte Lukaschenko etwa 60 Prozent der Stimmen ohne Manipulationen bekommen. Er positioniert sich immer noch als der vom Volk gewählte Präsident.“

## **Opposition sucht Zugang zu Wählern**

Lukaschenkos größter Herausforderer, Aleksandr Milinkewitsch, würde dabei 25 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Für ihn kam die Ankündigung des Wahltermins etwas überraschend. Jetzt hat er viel zu wenig Zeit, um sich angemessen auf die Präsidentschaftswahl vorzubereiten. Das Kalkül des Präsidenten, durch seinen Zeitvorsprung die meisten Wählerstimmen zu gewinnen, geht aber nicht auf, meint der Vorsitzende der Vereinigten Bürgerpartei von Belarus, Anatolij Lebedko. Es werde zwar nicht einfach sein, in so einer kurzen Zeit den Wahlkampf zu führen, dennoch rüste sich das Team für einen harten Wahlkampf: „Es ist offensichtlich, dass der Wahlkampf unter außerordentlich schweren Bedingungen stattfinden wird. Unsere allerwichtigste Aufgabe liegt darin, einen Zugang zu den Wählern zu finden und sie über unser Programm zu informieren. Wir konzentrieren darauf alle unsere Kräfte. Alles andere entscheidet sich dann später.“

### **„Kampf gegen Schizophrenie“**

Anatolij Lebedko spielt eine wichtige Rolle im Wahlstab von Lukaschenkos Gegner, Aleksandr Milinkewitsch, der Ende September bei einem Kongress der demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Kandidaten der Opposition für die kommende Präsidentschaftswahl gewählt wurde. Sein Wahlstab trifft sich meist in Privatwohnungen oder in einem karg ausgestatteten Parteibüro, das vom Geheimdienst abgehört wird. Dennoch versuchen die Mitstreiter von Milinkewitsch, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das bestehende Regime durchzusetzen, so Lebedko: „Der größte Teil unserer Bemühungen richtet sich auf den Kampf gegen die Schizophrenie, die von der belarussischen Staatsführung an den Tag gelegt wird. Wir müssen an zwei Fronten kämpfen: Einerseits mit dem diktatorischen Regime Lukaschenkos, andererseits mit seinen geheimen Gefährten, die sich für Oppositionelle ausgeben, in Wirklichkeit jedoch für den Präsidenten arbeiten. Sie betonen zwar immer wieder, dass alles schlimm ist, sorgen aber dafür, dass dagegen nichts unternommen wird. Der Präsident und seine Anhänger sehen es als ihre wichtigste Aufgabe, den Volkswillen zu lähmen. Deshalb reden sie den Menschen ein, dass im kommenden Jahr alles beim Alten bleibt“.

Laut Anatolij Lebedko gibt es in Belarus inzwischen viele Menschen, die keine Angst mehr vor Repressalien haben und sich nach einem besseren Leben sehnen. Es sei äußerst schwierig, an sie heranzukommen. Lukaschenkos Gegner haben keine Chance, ihre potentiellen Wähler durch Massenmedien anzusprechen. Da diese unter staatlicher Kontrolle stehen, bleibt ihnen nur eine Möglichkeit, den Kontakt zu den Wählern zu suchen - von Tür zu Tür.

*Olja Melnik  
DW-RADIO, 20.12.2005, Fokus Ost-Südost*

## **2. Die Außenbeziehungen**

### **2.1. Minsk zwischen Moskau und Washington**

Russland überdenkt seine Politik gegenüber Belarus

**Der enge politische Verbündete Lukaschenko ist für Moskau zu einem peinlichen Störfaktor geworden, der Russlands Ansehen im Westen schädigt. Werden die russisch-belarussischen Beziehungen neu justiert?**

Am Anfang seiner politischen Karriere träumte der autoritär regierende Präsident Aleksandr Lukaschenko heimlich davon, seinen Einfluss bis in den Kreml auszudehnen: Die Union mit Russland machte er zu seinem persönlichen Projekt. So drängte er vor zehn Jahren seinen damaligen russischen Amtskollegen Boris Jelzin dazu, einen Unionsvertrag zu unterzeichnen. Ab sofort wurde Lukaschenko im Kreml als gleichberechtigter Partner angesehen, seine Ideen für die gemeinsame Wirtschafts- und Sicherheitspolitik fanden in Russland fruchtbaren Boden.

#### **Unterschiedliche Interessen**

Als Wladimir Putin zwei Jahre später an die Macht kam, musste sich der belarussische Präsident von seinem Traum nach und nach trennen. Der Unionsvertrag sei bis heute größtenteils nicht umgesetzt worden, weil die Interessen beider Staatschefs an einem Unionsstaat zu unterschiedlich seien, sagt Rainer Lindner, Osteuropaexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin: „Putin möchte die Oberhoheit, die Kontrolle über sämtliche Aktivitäten in der eigenen Hand behalten. Für Lukaschenko würde es langfristig bedeuten, seine Macht zu verlieren. Insofern werden die beiden nicht zusammenkommen.“

#### **Strategische Partner**

Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seien angespannt, so Lindner. Beide Präsidenten hielten an ihrer Strategie unbeirrt fest. Kürzlich erklärte Lukaschenko im staatlichen Fernsehen sogar, er werde „bis zur letzten Patrone schießen“, um seine Macht zu verteidigen. Trotz aller Bedenken gegenüber seinem autoritären Amtskollegen will Putin Belarus als politischen Verbündeten nicht aufgeben. Sergej Karaganow, Vorsitzender des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik unter der Schirmherrschaft von Präsident Putin, beschreibt die russische Haltung so: „Für uns ist Belarus strategisch wichtig, vor allem wegen der Verkehrsverbindungen zum Westen. Momentan sind diese jedoch nicht mehr so zuverlässig. Viele Produkte aus Russland werden an der Grenze auf dubiose Weise beschlagnahmt. Immerhin funktioniert der Gas- und Öl-Transfer problemlos.“

#### **Unterstützung durch niedrige Energiepreise**

Warum es zu solchen Hindernissen an der Grenze kommt, bleibt für alle Beteiligten ein Rätsel, denn für Lukaschenko ist Russland der wichtigste Handelspartner. Hier kann er zu sehr komfortablen Bedingungen seine Produkte verkaufen, die sonst auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Und nicht zuletzt: Von allen postsowjetischen Staaten zahlt Belarus den geringsten Preis für das russische Erdgas.

Lukaschenkos Gegner sind fest davon überzeugt, dass das autoritäre Regime in Belarus nur durch diesen Preisvorteil so lange bestehen kann. Das meint auch der belarussische Oppositionsführer Aleksandr Milinkewitsch: „Putin unterstützt Lukaschenko vor allem durch den billigen Erdgaspreis. Das ist eine enorme Hilfe in Höhe von drei Milliarden Dollar jährlich. Damit kann der belarussische Präsident soziale Spannungen in seinem Land lösen. Es wirkt wie eine Droge.“

### **Opposition hofft auf russische Unterstützung**

Der 57-jährige Milinkewitsch hat sich zum Ziel gesetzt, den letzten Diktator in Europa bei der anstehenden Präsidentschaftswahl abzulösen und Belarus nach Europa zu bringen. Knapp vier Wochen vor der Wahl wirbt er in Russland verstärkt um Hilfe und trifft dabei auf offene Ohren: Innerhalb kurzer Zeit wurde der Oppositionschef zweimal auf höchster Ebene in Moskau empfangen. Milinkewitschs Hoffnung: „Es wäre schön, wenn Russland die demokratischen Prozesse in Belarus unterstützen würde. Wir sind keine Feinde. Wir wollen ein gutes Verhältnis zu Russland aufbauen, ohne dabei unsere Unabhängigkeit zu verlieren. Belarus soll zu einer zuverlässigen Brücke zwischen Ost und West werden.“

### **Distanz zu Lukaschenko?**

Ob er auf Russlands Hilfe zählen kann, weiß Lukaschenkos Herausforderer noch nicht. Denn der Kreml ist gerade dabei, seine Politik gegenüber Belarus zu überdenken. Insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahl versuche sich Wladimir Putin von seinem belarussischen Amtskollegen weitgehend zu distanzieren, so der Politikwissenschaftler Rainer Lindner: „Putin hat sich nicht direkt zu Lukaschenko bekannt, er ist nicht nach Minsk gereist und wird es sicherlich nicht mehr tun. Andererseits ist Putin auf Belarus als Verbündeter angewiesen, er kann sich eine „orange Revolution“ in einem weiteren Nachbarstaat nicht leisten. Moskau sucht nach Wegen, wie man einen anderen Politiker an die Spitze dieses Staates stellen kann, der ebenso nach Russland orientiert, aber leichter zu handhaben ist.“

Russlands Politik gegenüber dem autoritär regierenden Nachbarland werde in Zukunft immer mehr von seiner internationalen Rolle abhängen, meint Rainer Lindner: „Russland kann sich im Moment als Vorsitzender der G8 nicht leisten, Lukaschenko öffentlich zu unterstützen. Damit würde es den Widerwillen der westlichen Partner auf sich ziehen.“

### **Enge Bindung soll bleiben**

Selbst wenn der belarussische Machthaber die Präsidentschaftswahl gewinnen würde, wäre es sein letzter Sieg, so der Berliner Politologe. Spätestens dann werde sich Russland im Klaren sein, mit wem es künftig zusammenarbeitet. Bis dahin bleibt das kleine Land an der EU-Grenze eine große Herausforderung für die russische Außenpolitik, so Sergej Karaganow, Vorsitzender des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik: „Das Regime in Belarus ist sehr verwundbar. Es ist äußerst gefährlich, die Lage dort zu destabilisieren. Belarus soll Schritt für Schritt in einen demokratischen und marktwirtschaftlichen Staat nach europäischem Muster umgewandelt werden, der trotzdem in Richtung Russland orientiert ist. Am besten gestaltet sich diese Umwandlung mit Russlands Hilfe.“

*Olja Melnik  
DW-RADIO, 22.2.2006, Fokus Ost-Südost*

Amerikanische Außenministerin will belarussische Opposition unterstützen

**Condoleezza Rice hat sich in Litauen mit weißrussischen Oppositionellen getroffen. Im Interview mit DW-RADIO spricht Aleksandr Dobrowolskij von der Vereinigten Bürgerpartei Belarus über die Begegnung.**

*DW-RADIO/Russisch: Was war das wichtigste Ergebnis des Treffens mit US-Außenministerin Condoleezza Rice?*

Aleksandr Dobrowolskij: Das Treffen hatte symbolischen Charakter. Es war auf 40 Minuten angesetzt, dauert aber 57 Minuten. Es war unmöglich, in einer solch kurzen Zeit konkrete Pläne zu erörtern. Die USA und Europa bekräftigten ihre Solidarität mit der belarussischen Bürgergesellschaft, die für die Freiheit ihres Landes kämpft. Das waren die Worte von Condoleezza Rice. Der Umgang mit uns hat deutlich gemacht, dass sowohl Condoleezza Rice als auch der EU-Außenbeauftragte Javier Solana sehr daran interessiert sind, alles zu unternehmen, damit Belarus aufhört, ein schwarzer Fleck auf der Landkarte zu sein.

*Während des Treffens haben Sie die US-Außenministerin und den EU-Außenbeauftragten über die Demokratisierungspläne in Weißrussland informiert. Was sind die Hauptpunkte ihres Plans?*

Derzeit arbeiten wir daran, der Gesellschaft eine Alternative anzubieten – ein Zukunftsprojekt, in dem jeder für sich einen Platz findet. Wir wollen, dass das Land weltweit geachtet wird und dass die Staatsmacht die Menschen respektiert. Zweitens ist eine Nationalbewegung vorgesehen, die keine strenge Führung haben wird, und das Ziel verfolgen wird, das Land auf den Weg einer zivilisierten Entwicklung zurückzuführen. Drittens geht es um einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten, der das Streben der Gesellschaft nach Veränderung symbolisieren wird.

Wir rechnen nicht damit, dass die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr demokratisch sein werden. Wahlen in unserem Land sind kein Mechanismus mehr, mit dem der Wille des Volkes zum Ausdruck gebracht wird. Wir wollen die Wahlen dazu nutzen, die Menschen zu aktivieren, Massen zu organisieren, mit dem Ziel, Veränderungen zu fordern. Ich habe Condoleezza Rice und Javier Solana darauf aufmerksam gemacht, dass bei uns das Recht der Menschen auf wahre Informationen über das Land und die Welt nicht garantiert ist. Alle elektronischen Medien sind monopolisiert. Unabhängige Zeitungen werden geschlossen und es gibt immer weniger von ihnen. Deswegen habe ich darum gebeten, die unabhängigen Medien in Belarus zu unterstützen.

*Wie reagierte Condoleezza Rice auf die Vorschläge der Opposition?*

Condoleezza Rice sagte am Ende des Treffens, sie habe sich vier Punkte notiert, die man unterstützen müsse. Das ist einmal das Recht der Menschen auf freie und wahre Informationen, also die Unterstützung unabhängiger Medien. Zweitens ein enges Bündnis demokratischer Kräfte, nicht nur politischer Parteien, sondern auch von Nichtregierungsorganisationen. In Belarus sind bekannte Politiker und Journalisten verschwunden und bis heute ist deren Schicksal unbekannt. Ein moralisches Bündnis verglich sie mit den Ereignissen in Argentinien, wo dies zu einem Machtwechsel geführt hatte. Drittens handelt es sich um die Gründung einer Nationalbewegung mit einer gemeinsamen

Plattform. Und viertens geht es um die Aufstellung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten. Diese vier Punkte stimmen mit unserer Position überein. Sie sind das Ergebnis des Treffens.

*Das Interview führte Pawel Los  
DW-RADIO/Russisch, 22.4.2005, Fokus Ost-Südost*

## **2.2 Das Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft**

Aleksandr Milinkewitsch besucht Europäisches Parlament

**Sechs Wochen vor den Präsidentschaftswahlen in Belarus steht die Opposition in den Startlöchern. Oppositionskandidat Milinkewitsch wirbt in Brüssel um Unterstützung und zeigt sich siegesbewusst.**

Am Vormittag des 31. Januar berichtete der gemeinsame Kandidat der belarussischen Opposition, Aleksandr Milinkewitsch, auf einer Sitzung des außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments über die Lage in Belarus. Milinkewitsch zufolge verschlechterte sich in letzter Zeit die Situation spürbar. Als Beispiel nannte der Präsidentschaftskandidat die Probleme bei der Verbreitung unabhängiger Zeitungen sowie die jüngsten Änderungen der Strafgesetze. Milinkewitsch machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass es in Belarus politische Gefangene gibt.

Über die Präsidentschaftswahlen sagte Milinkewitsch: „Der Präsident von Belarus beabsichtigt nicht, am 19. März Wahlen abzuhalten. Das wird eine weitere Manipulation und Farce sein und nicht ein Ausdruck des Volkswillens.“ Er betonte ferner, in die territorialen Wahlkommissionen sei kein einziger Vertreter der Opposition aufgenommen worden. Deswegen forderte er die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, als Wahlbeobachter nach Belarus zu kommen.

### **Lob an Belarus-Delegation**

Der oppositionelle Präsidentschaftskandidat dankte Europa für die zunehmende Unterstützung der belarussischen demokratischen Kräfte. Vor allem lobte er die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen mit Belarus unter Leitung des polnischen Abgeordneten Bogdan Klich. Milinkewitsch unterstrich: „Man merkt, dass das vereinte Europa noch nach einer systematischen Herangehensweise an das belarussische Problem sucht. Wichtig ist, dass die europäischen Institutionen seit Jahren die Ergebnisse der von Lukaschenko organisierten Volksbefragungen und Wahlen nicht anerkennen.“

### **Wie kann Europa helfen?**

Milinkewitsch erklärte den Abgeordneten, wie Europa Belarus weiter unterstützen könne: „In erster Linie braucht die belarussische Gesellschaft unabhängige Informationen, also die Wahrheit. Kurzfristig müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um einen alternativen Informationsraum zu schaffen und zu fördern.“ Außerdem, so der Präsidentschaftskandidat,

sei Solidarität wichtig: „Das ist ein effektiver und operativer Mechanismus zur Unterstützung derer, die von der Staatsmacht nicht eingeschüchtert werden konnten und von ihr mit juristischen und wirtschaftlichen Hebeln verfolgt werden.“ Auch sei Offenheit wichtig, die beispielsweise mit der Abschaffung des Visumszwangs für Belarussen und durch verschiedene Austauschprogramme zu Ausdruck kommen könnte. Eine solche Politik sei dann besonders effektiv, wenn gleichzeitig Personen, die für Menschenrechtsverstöße und Wahlfälschung verantwortlich seien, die Einreise in die EU verweigert werde.

### **Kritik an Moskaus Unterstützung für Lukaschenko**

Milinkewitsch nahm vor den Abgeordneten auch zu den Beziehungen zwischen Belarus und Russland Stellung. Er zeigte sich enttäuscht darüber, dass Russland sich derzeit auf der Seite Lukaschenkos befinde, und fügte hinzu: „Die europäische und euroatlantische Gemeinschaft müsste an Moskau ein deutliches Signal richten, dass Moskau mit seiner Unterstützung der letzten Diktatur Europas allein bleiben wird und in Zukunft deswegen viel verlieren könnte.“

Milinkewitsch versicherte, dass er im Falle eines Wahlsieges bessere Beziehungen zu Moskau aufbauen würde als der heutige belarussische Staatschef – verlässlichere, transparente und pragmatische. Der Präsidentschaftskandidat unterstrich, wenn die Opposition an die Macht käme, würde sie bisherige Vereinbarungen auch mit Russland nicht widerrufen.

### **Ziel ist keine Revolution**

Auf einer Pressekonferenz sagte Milinkewitsch auf die Frage, ob es auch in Belarus zu einer Revolution wie in Georgien oder der Ukraine kommen könnte, dass die belarussische Opposition grundsätzlich gegen eine Revolution sei. Verliefen die Wahlen jedoch unfrei, undurchsichtig und unfair, würden viele Menschen auf die Straßen gehen, um ihre Wahl zu verteidigen. Milinkewitsch unterstrich: „Alles ist möglich. Wenn es am Wahltag zu brutalen Repressionen kommt und der Führer und Aktivisten der Opposition im Gefängnis landen, dann glaube ich, dass dies der Anfang vom Ende, der Anfang der Agonie des Regimes sein wird.“ Milinkewitsch selbst glaubt an seinen Sieg, weil seiner Meinung nach die heutige Staatsmacht über keine Ressourcen mehr verfügt und seine Beliebtheit jeden Monat um acht Prozent zulegt.

*Wladimir Dorochow  
DW-RADIO/Russisch, 1.2.2006, Fokus Ost-Südost*

### **Belarus will stärkere Kooperation mit der EU**

**Die belarussischen Exporte in die EU übersteigen inzwischen die nach Russland. Minsk will laut einem neuen Regierungsprogramm nun mit internationalen Finanzorganisationen zusammenarbeiten. Ziel ist der Beitritt zur WTO.**

Im Programm zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bis zum Jahr 2010, das vergangene Woche vom belarussischen Ministerrat verabschiedet wurde, heißt es, Belarus sei an einer weiteren Entwicklung der Beziehungen zum Westen interessiert. Betont wird, dass der Handel und die wirtschaftliche Kooperation mit den neuen EU-Mitgliedern Priorität genießen würden. Ihre große Bedeutung wird mit deren geografischer Nähe und den gegenseitig vorteilhaften Beziehungen begründet, die auf gemeinsamen Interessen beruhen. Die belarussischen Exporte in die EU erreichten im vergangenen Jahr einen Anteil von 45

Prozent am Gesamtexport des Landes und überholten damit die Exporte nach Russland. Die diskriminierenden Maßnahmen und die Handelsbeschränkungen gegen belarussische Waren sollten aufgehoben werden, so das Programm des belarussischen Ministerrates.

### **Minsk will Kredite und technische Hilfe**

In den kommenden fünf Jahren will Belarus außerdem den Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO erreichen sowie verstärkt mit Organisationen zusammenarbeiten, die im Lande kaum präsent sind, so mit dem IWF, der Weltbank, mit der International Finance Corporation und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Ziel sei es, Kredite und technische Hilfe zu erhalten, um aktuelle Probleme bei der Wirtschaftsentwicklung zu lösen und die Kooperation mit der EU zu vertiefen. Um diese Pläne umzusetzen, wird in dem Programm vorgeschlagen, einen gesamteuropäischen Wirtschaftsraum zu bilden. Für die Zukunft wird ferner ein Abkommen über einen visumsfreien Verkehr zwischen Belarus und der EU angestrebt.

### **Westen fordert mehr Bürgerkontakte**

Solche Vorschläge kamen auch von westlichen Politikern, die an der belarussischen Staatsmacht Kritik üben. Europäische Politiker und Experten verlangen seit langem, die Kontakte zwischen den Bürgern auszubauen, was unter anderen dazu beitragen würde, die Informationsblockade des Landes zu durchbrechen. Dazu zählen Austauschprogramme für Studenten und Wissenschaftler, Kontakte zwischen Vertretern des kleinen und mittleren Unternehmertums sowie Praktika für Journalisten und Vertreter der Öffentlichkeit.

### **Die Realität sieht anders aus**

In einem Interview für die Deutsche Welle sagte Justas Paleckis, litauischer Abgeordneter im Europäischen Parlament und Mitglied der Delegation für die Beziehungen mit Belarus, er halte die belarussischen Pläne für unrealistisch, da sich die Beziehungen zwischen der EU und Belarus verschlechterten. Paleckis unterstrich: „Wenn die heutige belarussische Staatsführung ernsthaft Schritte in Richtung Annäherung und Erweiterung der Kooperation mit der EU unternehmen möchte, dann muss man sich natürlich auch an der Front zuhause entsprechend verhalten. Es geht vor allem um Menschenrechte, Demokratie und faire Wahlen. Dann könnten all die Pläne zur Abschaffung der Visumsbestimmungen und zur Entwicklung der Beziehungen Realität werden.“

*Alla Proschina  
DW-RADIO/Russisch, 6.1.2006, Fokus Ost-Südost*

„Die Europäische Union ist auf Belarus nicht vorbereitet“

**Über ihre Strategie gegenüber dem Regime in Minsk sprachen belarussische Oppositionelle mit EU-Vertretern in Straßburg. Für DW-RADIO/Russisch nahm die grüne Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter zu der Frage Stellung.**

*DW-RADIO/Russisch: Frau Schroedter, warum ist das Europäische Parlament so aufgeregt wegen Weißrussland? Das Land strebt nicht in die EU. Warum widmet das Europaparlament so viel Zeit und so viel Kraft der Frage Weißrussland?*

Elisabeth Schroedter: Weißrussland ist unser Nachbar, unser unmittelbarer Nachbar. Das heißt, die Entwicklung in diesem Land geht uns an. Und wir sehen in diesem Fall mit größter Sorge, dass dort wirklich der alte Stalinismus in seiner schlimmsten Form aufgebaut wird. Wir wollen, dass unsere Nachbarländer eine demokratische Entwicklung nehmen. Das bedeutet Stabilität für beide Seiten, für sie und für uns.

*Welche Möglichkeiten - praktisch gesehen - hat das Europaparlament, auf die Entwicklungen in Weißrussland einzuwirken?*

Eigentlich relativ wenig. Das wissen wir auch. Wir sind ein bisschen in verzweifelter Lage. Wie möchten gerne alle demokratischen Bewegungen in Belarus unterstützen. Wir meinen, sie sind auf dem richtigen Weg. Und wir sind deshalb so aktiv, weil wir eine Lösung finden müssen, um sie zu unterstützen. Das Hauptproblem, das wir haben, ist, dass die EU überhaupt nicht vorbereitet ist auf eine so schwierige Situation, wie sie in Belarus herrscht.

Die EU-Programme für die Nachbarstaaten sind eigentlich für Staaten gedacht, die selbst auch für eine demokratische Entwicklung eintreten, und nicht für Staaten, die wie im Moment das Lukaschenko-Regime den Stalinismus aufbauen. Deswegen können wir mit unseren Verhandlungsinstrumenten dieser Situation nicht begegnen. Es klingt lächerlich, weil man denkt, wieso schafft es diese starke Union nicht, Einfluss auf das Nachbarland zu haben, dass da die demokratischen Kräfte unterstützt werden. Und wir sagen, dass sie keine geeigneten Instrumente hat. Nur wir Abgeordnete können dafür sorgen, dass genügend Druck erzeugt wird, dass diese neuen Instrumente auch installiert werden.

*Wie erzeugt man Druck, um das Regime von Lukaschenko zu isolieren und gleichzeitig der Bevölkerung nicht zu schaden, die ohnehin unter diesem Regime leidet?*

Das ist genau die große Schwierigkeit. Wir haben nur Programme, die auf Zusammenarbeit mit den Regierungen und den NGOs im gemeinsamen Dialog funktionieren. Wir haben leider keine spezifizierten Programme, die es ermöglichen, in dieser besonderen Situation einzuwirken, wo es eben direkt um die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen, den demokratischen Kräften geht außerhalb der Regierung. Das hat natürlich mit dem internationalen Recht auf Souveränität zu tun. Wie weit können wir da gehen? Genau diese Frage stellen wir uns. Wie können wir es anstellen, dass die demokratischen Kräfte gestärkt werden?

*Man könnte ja sagen, es klingt vielleicht zynisch, die Geschichte achte nicht auf solche Menschen wie Lukaschenko. Die Geschichte entwickle sich weiter. Irgendwann ist das Regime von allein am Ende?*

Ich bin davon überzeugt, dass Lukaschenko nicht mehr lange an der Macht sein wird. Er stellt sich selber ein Bein. Die Art und Weise, auf welche er regiert, ist nicht zukunftsfähig, davon bin ich ganz fest überzeugt. Ich arbeite deshalb so intensiv wieder mit diesem Land, weil ich davon überzeugt bin, dass es nur noch eine kurze Zeit gibt, in der er sein Regime so aufbauen kann. Die Repressalien werden so stark, dass man merkt, dass er selber Angst hat. Ich komme selber aus einer Diktatur. Das ist ein klassisches, typisches Zeichen für das Ende der Diktatur. Das Hauptproblem, das wir in dem Land haben, ist, dass dort Opposition so schwach ist. Wo sind die neuen Kräfte? Wer sind sie? Warum haben die Menschen immer noch Angst? Warum glauben sie immer noch an Lukaschenko, obwohl er das Land isoliert und aus der Gemeinschaft herausnimmt? Eigentlich sind das die Fragen, die nach wie vor unbeantwortet sind.

*Führt der Weg nach Minsk nicht über Moskau? Obwohl Putin und Lukaschenko ihre Streitigkeiten haben, unterstützt Russland das Regime. Ohne Russland wäre das Regime längst am Ende?*

Das stimmt. Auf der anderen Seite ist Russland kein demokratisches Vorbild. Wir haben lange die Theorie verfolgt, dass man Putin dazu bringen kann, Lukaschenko nicht mehr zu unterstützen. Das Problem ist, dass Putin ein strategisches Interesse hat, Lukaschenko zu unterstützen. Das wissen wir alle. Im Moment ist die russische Gesellschaft kein Vorbild in den demokratischen Entwicklungen. Ich glaube, dass über Russland nicht der einzige Weg führt. Der Weg führt vor allem über das demokratische Potenzial im Land, was aus meiner Sicht da ist. Immer, wenn ich mit den Leuten zusammen bin, glaube ich, sie haben das Potenzial, sie trauen sich das nur noch nicht selber zu. Das ist das Problem.

*Das Interview führte Viktor Agaev  
DW-RADIO/Russisch, 26.10.2005, Fokus Ost-Südost*

## **2.3 Belarussisch-polnische Spannungen**

Belarussisches Fernsehen wirft Polen Spionage vor

**„Agent 590“ ist der Titel eines vom belarussischen Fernsehen gesendeten Films. Darin wird Mitarbeitern der polnischen Botschaft in Minsk Spionage und Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus vorgeworfen.**

Am Abend des 7. Februar hat der erste Kanal des staatlichen belarussischen Fernsehens zur besten Sendezeit den Film „Agent 590“ ausgestrahlt. Der Film wurde zuvor tagelang im Fernsehen angekündigt. In dem Film kamen der Leiter des Zentrums für Information und Öffentlichkeitsarbeit des belarussischen KGB, Walerij Nadtotschajew, sowie eine anonyme Person zu Wort, deren Gesicht nicht gezeigt und deren Stimme verfälscht wurde.

Die anonyme Person, die als Mitarbeiter der belarussischen Spionageabwehr bezeichnet wurde, erklärte in dem Film, in der polnischen Botschaft arbeite seit langem eine Niederlassung des polnischen Geheimdienstes, die sich mit allen Formen der geheimdienstlichen Tätigkeit befasse. Die Geheimdienstler würden ihre diplomatische Immunität ausnutzen und sich nicht nur mit legaler Aufklärung befassen. Sie würden sich regelmäßig in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus einmischen. Gerade deswegen seien die polnischen Diplomaten Buczak, Olborski und Butko vorzeitig aus Minsk abgezogen worden.

### **Warschau: Film ist Propaganda**

Monika Sadkowska, Pressesprecherin der polnischen Botschaft in Minsk, sagte in einem Gespräch mit der Deutschen Welle: „Agent 590 ist ein weiterer Propagandafilm, der gut in die gesamte Politik passt, die von den staatlichen Medien verfolgt wird. Das ist nicht der erste Fall, in dem das belarussische Fernsehen unbegründet die polnische Botschaft kritisiert. Ähnliche Vorwürfe gab es auch schon gegen Botschaften anderer Staaten der Europäischen Union.“

## **Reaktion auf Milinkewitschs Polen-Besuch?**

Sergej Kaljakin, Leiter des Wahlstabs des gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Kräfte, führt den neuen belarussisch-polnischen Skandal auf Aleksandr Milinkewitschs Besuch in Polen zurück. Der gemeinsame Präsidentschaftskandidat der demokratischen Kräfte hatte vor kurzem vor dem polnischen Sejm eine Rede gehalten. Zudem wurde er vom polnischen Präsidenten Lech Kaczynski empfangen. Das Treffen wertete der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Andrej Popow, als „deutliche Unterstützung nur eines Präsidentschaftskandidaten durch die polnische Seite“. Zudem bezeichnete er das Treffen als klare Einmischung in die innenpolitischen Vorgänge in Belarus.

### **„Belarus von bösen Kräften umzingelt“**

Wer die Nachrichten des ersten Kanals des belarussischen Staatsfernsehens regelmäßig verfolgt, kennt die Bilder gut, die in dem Film „Agent 590“ vorkamen. Es handelt sich um immer dieselben Bilder, von denen manche sogar schon zehn Jahre alt sind und in immer wieder anderen Beiträgen vorkommen. Der belarussische Kulturwissenschaftler Maksim Schbankow, meint, mit solchen Filmen wie „Agent 590“ wolle die Führung des Landes das Volk um sich scharen. Um dies zu erreichen, werde Belarus als belagerte Festung und als Insel der Stabilität dargestellt, die von bösen Kräften umzingelt sei.

*Jelena Danejko, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 8.2.2006, Fokus Ost-Südost*

## **Zuspitzung im Konflikt um Polen-Verband in Belarus**

**Polen verweigert der neuen Leitung des Bundes der polnischen Minderheit in Belarus die Anerkennung. Immer lauter wird in Warschau ein Regimewechsel im Nachbarland gefordert. In den Beziehungen zwischen Polen und Belarus gibt es neue Spannungen.**

Am vergangenen Wochenende wurde in der Stadt Wolkowysk im Gebiet Grodno der Rentner Josef Lucsnik zum Vorsitzenden des Polen-Verbandes in Belarus gewählt. Er trat als einziger Kandidat zur Wahl an, weil außer ihm niemand kandidieren wollte. Lucsnik gilt als politisch neutral, was ihn von seiner Vorgängerin Andzelika Borys deutlich unterscheidet, die zum Lukaschenko-Regime in Opposition steht. Ihre Wahl zur Vorsitzenden des Polen-Verbandes in Belarus vor wenigen Monaten hatte das belarussische Justizministerium nicht anerkannt. Vor kurzem wurde sie aus dem Polen-Verband sogar ausgeschlossen.

### **Finanzhilfe gestoppt**

Auf eine Reaktion aus Polen auf die Neuwahl musste man nicht lange warten. Der stellvertretende polnische Außenminister Jan Truszczyński erklärte, Polen erkenne die neue Führung des Polen-Verbandes in Belarus nicht an und beabsichtige nicht, den Kontakt mit ihr aufrechtzuerhalten. Ferner werde die Finanzhilfe an den Verband gestoppt. Für dieses Jahr waren zur Unterstützung der ethnischen Polen in Belarus im polnischen Staatshaushalt umgerechnet etwa 500.000 Euro eingeplant. Die Entscheidung des Außenamtes wurde von praktisch allen politischen Parteien des Landes begrüßt. Bei einem Runden Tisch, der am 28. August stattfand, haben die Führer der wichtigsten Parteien dazu aufgerufen, das

Lukaschenko-Regime stärker unter Druck zu setzen. Unterschiedlicher Meinung war man nur bei den Vorgehensmethoden.

### **Reaktionen polnischer Parteien**

Der Leiter der Parlamentsfraktion Recht und Gerechtigkeit (PiS), Ludwik Dorn, sagte bei dem Runden Tisch: „Man muss in einem zivilisierten Rahmen versuchen, das Leben der belarussischen Elite zu vermiesen, die Lukaschenko unterstützt. Das sind Visumsfragen, Einladungen sowie der Abbruch der interparlamentarischen oder politischen Dialoge, denn sie dienen jener Elite als attraktiver politischer Tourismus. Sie müssen völlig isoliert werden.“

Roman Giertych, Führer der Partei Liga Polnischer Familien (LPR), schlug vor, Moskau und Washington bei der Lösung des Konflikts einzubinden: „Ich denke, dass effektiver Druck auf Lukaschenko nur dann möglich ist, wenn es zu einem Gespräch zwischen den USA und Russland kommt.“

Der Führer der Partei Demokratisches Linksbündnis (SLD), Wojciech Olejniczak, sieht die Vorschläge seiner Kollegen kritisch. Er betonte, Polen sei EU-Mitglied und Druck auf Minsk dürfe nur von Brüssel ausgehen: „Die EU hat in dieser Hinsicht umfassende Möglichkeiten, nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art. Das sind Zollfragen, aber auch Handelsvergünstigungen, die Belarus derzeit genießt. Diese Mechanismen muss man in Gang setzen, um das leidige Problem zu lösen, weil es nicht nur Polen, sondern auch andere ethnische Minderheiten in Belarus betrifft.“

### **Warschau will demokratische Entwicklung**

Nach Ansicht polnischer Experten können nur wenige der Vorschläge, wie man die Rechte der polnischen Minderheit in Belarus verteidigen kann, die politische Lage im Nachbarland kardinal verändern. Die Landsleute sind für die polnische politische Elite nur Teil des Problems. Warschau tritt entschieden für die Änderung der politischen Ordnung in Belarus ein und will helfen, das Land auf den Weg einer demokratischen Entwicklung zu bringen.

*Wiktor Schankow, Warschau  
DW-RADIO/Russisch, 29.8.2005, Fokus Ost-Südost*

### **Warschau zieht Botschafter aus Minsk zurück**

**Der diplomatische Krieg zwischen Polen und Belarus dauert jetzt schon zwei Monate. Das jüngste Vorgehen der belarussischen Behörden gegen die polnische Minderheit hat nun zu einer Eskalation der Lage geführt.**

Zu dem Streit zwischen den beiden Nachbarländern kam es nach den Wahlen zu den Führungsgremien der gesellschaftlichen Vereinigung Union der Polen in Belarus im März dieses Jahres. Das offizielle Minsk erkennt das Wahlergebnis nicht an und fordert eine Neuwahl. Die belarussischen Behörden teilten mit, bei den Wahlen habe es grobe Verstöße gegeben. Außerdem habe sich das offizielle Warschau in die Wahlen eingemischt. Aus Minsk hieß es auch, Polen unterstütze finanziell die separatistische Betätigung seiner Landsleute auf belarussischem Territorium. Schätzungen zufolge leben in Belarus bis zu 400.000 ethnische Polen.

Die jetzige Führung des Polen-Verbandes steht der belarussischen Führung kritisch gegenüber. In der Nacht zum Donnerstag (27.7.) besetzten belarussische Milizionäre das Gebäude der Union der Polen in Belarus in Grodno, das so genannte Polnische Haus. Die führenden Vertreter dieser Organisation wurden vorübergehend festgenommen.

### **Warschau: Minsk verletzt Menschenrechte**

Der polnische Außenminister erklärte noch heute Nacht (27.7.), während seines Rückflugs aus dem Nahen Osten, es sei an der Zeit, damit aufzuhören, gegenüber dem belarussischen Regime unangebrachte Nachgiebigkeit zu üben. Am Donnerstagmorgen (28.7.) wurde im polnischen Außenministerium beschlossen, den polnischen Botschafter aus Belarus zurückzuziehen. Gleichzeitig forderte Warschau das Europäische Parlament auf, Polen dabei zu unterstützen, die Rechte der ethnischen Polen, die belarussische Staatsbürger sind, zu verteidigen. Rotfeld sagte, sein Ministerium arbeite an einer Empfehlung an die polnische Regierung, die Einrichtung eines Radiosenders auf polnischem Territorium zu finanzieren, der nach Belarus senden solle.

Auf die Frage der Deutschen Welle, wie er den Konflikt zwischen Polen und Belarus bewerte, sagte Rotfeld: „Es gibt keine Probleme in den Beziehungen zwischen Polen und Russen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern entwickeln sich dynamisch. Das Problem ist die innenpolitische Lage in Belarus. Dort werden auf gröbste Weise die Menschenrechte verletzt. In jüngster Zeit ist ein weiterer Aspekt hinzugekommen. Verletzt werden die Rechte ethnischer Minderheiten, also unserer Landsleute.“

Zur Frage, ob gegen Belarus Sanktionen verhängt würden, sagte Rotfeld: „Wir verlangen, dass die belarussischen Behörden das internationale Recht achten. Niemand beabsichtigt bislang, einseitig Sanktionen zu verhängen.“ Am Donnerstag gab Außenminister Rotfeld den polnischen Konsulaten in Belarus die Empfehlung, nach Möglichkeit belarussischen Staatsbürgern für Reisen nach Polen kostenlos Visa zu erteilen.

### **Diplomatischer Schlagabtausch**

Dieser Entwicklung gingen folgende Ereignisse voraus: Am 25. Juli gab der polnische Außenminister Rotfeld bekannt, auf Forderung der polnischen Seite habe ein weiterer belarussischer Diplomat Warschau zu verlassen. Der Minister sagte, dies sei die Antwort des polnischen Außenamts auf die Ausweisung des Leiters der Konsularabteilung der polnischen Botschaft in Minsk, Andrzej Buczak, der Belarus am 21. Juli verließ. Daraufhin forderte am 26. Juli im Gegenzug die belarussische Seite einen Berater der polnischen Botschaft in Minsk auf, das Land zu verlassen. Das sei eine Antwort auf die Ausweisung eines weiteren belarussischen Diplomaten aus Polen, hieß es in Minsk.

### **Minsk spricht von Spionage**

Ferner beschloss am 21. Juli das belarussische Außenministerium, der Europäischen Stiftung Dialog in Belarus ihre Arbeit zu untersagen. Die in Warschau registrierte Stiftung ist laut Statut eine Nichtregierungsorganisation, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu fördern. In den Nachrichten des belarussischen Staatsfernsehens hieß es, die Stiftung sei geschaffen worden, um sich in Belarus verdeckt mit Spionage zu befassen. Man habe in Polen versucht, belarussische Wissenschaftler anzuwerben, die von der Stiftung zu Vorträgen und Treffen mit Kollegen eingeladen worden waren. In den Fernsehnachrichten wurde betont, der polnische Geheimdienst gründe nicht nur verschiedene Stiftungen, sondern setze auch als Diplomaten getarnt eigene Offiziere ein. Das offizielle Minsk erklärte, polnische Diplomaten würden im

Nachbarland Tätigkeiten nachgehen, die ihrem offiziellen Status nicht entsprechen, kurz gesagt, sie würden sich mit Spionage befassen.

### **Radio und Fernsehen aus Polen**

Einen weiteren Grund für die Zuspitzung der belarussisch-polnischen Beziehungen sieht der Politikwissenschaftler Andrej Fjodorow: „Das ist offensichtlich darauf zurückzuführen, dass die polnischen Behörden ihre Bereitschaft deutlich bekunden, demokratische Veränderungen in Belarus zu fördern.“ Nach Fjodorows Ansicht ist die Führung in Minsk unter anderem über die Pläne Warschaws sehr verärgert, in Polen Radio- und Fernsehstationen zu genehmigen, die ihre Programme nach Belarus ausstrahlen wollen. Die Programme könnten, so der Politologe, die Stimmung innerhalb der belarussischen Gesellschaft wesentlich verändern. Fjodorow geht davon aus, dass sich der Konflikt nicht weiter verschärfen wird, weil Belarus an einer Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen interessiert ist.

*Wiktow Schankow/Warschau, Wladimir Dorochow/Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 28.7.2005, Fokus Ost-Südost*

## **3. Die innenpolitische Lage**

### **3.1 Lukaschenkos innenpolitischer Kurs**

„Diskreditierung des Staates“ wird in Belarus strafbar

**Das Oberhaus des belarussischen Parlaments hat Änderungen des Strafgesetzbuchs zugestimmt: Für die Diskreditierung des Staates drohen Freiheitsstrafen. Oppositionelle und Menschenrechtler sind alarmiert.**

Die vom Republikrat gebilligten Änderungen zum Strafgesetzbuch sehen für die Diskreditierung des Staates, die Tätigkeit für nicht zugelassene oder aufgelöste Organisationen und Stiftungen sowie für Aufrufe an ausländische Staaten, Maßnahmen zu ergreifen, die der Sicherheit des belarussischen Staates schaden, Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren vor.

Der belarussische Innenminister, General Wladimir Naumow, erklärte in einem Interfax-Interview, die Gesetzesänderungen seien notwendig, um die Lage im Land noch besser stabilisieren zu können. Er betonte ferner, in letzter Zeit würden im Internet immer häufiger bewusst falsche Informationen verbreitet, mit dem Ziel, den Staat zu diskreditieren. Dank der Änderung des Strafgesetzbuches könne die Miliz sich der Personen annehmen, die solche Informationen verbreiteten.

### **Opposition erwartet Schauprozesse**

Aber nicht alle bewerten den Gesetzentwurf so positiv wie General Naumow. Der Führer der belarussischen Vereinigten Bürgerpartei, Anatolij Lebedko, sagte in diesem Zusammenhang

der Deutschen Welle: „Die Änderungen sind absurd, sie überschreiten nicht nur den Rahmen der Verfassung, sondern auch den des gesunden Menschenverstands. Man muss jetzt damit rechnen, dass wahrscheinlich schon Anfang des Jahres mehrere Schauprozesse gemäß der geänderten Artikel der geltenden Gesetzgebung stattfinden werden.“

### **Schlag gegen die Medien**

Die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen äußerte inzwischen die Befürchtung, dass die Änderung des Strafgesetzbuches ein Schlag gegen die Medien sein wird. In einer Erklärung der Menschenrechtsorganisation heißt es, unklare Formulierungen im Gesetzentwurf würden für jegliche Kritik strafrechtliche Ermittlungen sowie unverhältnismäßige Gerichtsurteile ermöglichen.

### **Der Fall Marija Bogdanowitsch**

Der Staatsanwaltschaft in der Stadt Gomel wurde der Fall Marija Bogdanowitsch übergeben. Ihr wird vorgeworfen, illegal Druckerzeugnisse hergestellt und verbreitet zu haben. Am 7. November, während der Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestags der Oktoberrevolution, war Bogdanowitsch auf dem Lenin-Platz in Gomel festgenommen worden. Dort hatte sie die offiziell registrierte Zeitung Towarischtsch verteilt, die von der Kommunistischen Partei herausgegeben wird. Der Zeitung war ein Flugblatt beigelegt, auf dem die Tarife für die kommunalen Dienstleistungen der Jahre 2001 und 2004 verglichen wurden. Bei der Festnahme wurde Bogdanowitsch erklärt, die Verteilung eines Flugblattes, das kein Impressum enthalte, sei untersagt. Am 21. November wurde Bogdanowitsch zu einer Geldstrafe verurteilt.

Später wurde ihre Wohnung unter verschiedenen Vorwänden von Milizionären durchsucht. Am 26. November suchten sie in ihrer Wohnung nach illegal eingewanderten Vietnamesen. Später fanden Milizionäre angeblich in ihrer Wohnung zahlreiche Flugblätter mit der Überschrift „Volkskontrolle“. Bogdanowitsch erklärte der Deutschen Welle, sie habe die Flugblätter damals erstmals gesehen und sie kenne niemanden, der sie verbreite. Sie unterstrich: „Möglicherweise sind sie einfach eine Fälschung.“

### **Warnung an Opposition**

Nach Ansicht des bekannten Menschenrechtlers in Witebsk, Walerij Schtschukin, der in Gomel die Aktivistin Bogdanowitsch unterstützte, sucht die Staatsanwaltschaft nach einem Anlass, ein Strafverfahren einzuleiten, obwohl keine Straftat vorliege. Er befürchtet, dass Frau Bogdanowitsch Opfer neuer verschärfter Gesetze werden könnte, die vom Oberhaus gebilligt wurden. Ihr Fall könnte zu einem Schauprozess werden, mit dem die Staatsmacht oppositionelle Aktivisten warnen möchte.

*Wladimir Dorochow  
DW-RADIO/Russisch, 8.12.2005, Fokus Ost-Südost*

## Maulkorb-Erlass für Belarus

**In Belarus soll „Diskreditierung“ des Landes und des Regimes bestraft werden. Klares Ziel des Gesetzes sei es, kritische Geister zu entmutigen und zu kriminalisieren, meint Cornelia Rabitz in ihrem Kommentar.**

Unabhängige, kritische oder gar oppositionelle Geister haben es schon lange schwer im Reich des Aleksandr Lukaschenko: Wer in Weißrussland anders denkt als das Regime es wünscht, steht längst mit einem Bein im Gefängnis.

Jetzt aber werden die Zügel noch einmal angezogen - mit einem Gesetz, das man getrost als „Maulkorb-Erlass“ bezeichnen kann: Wer den Staat diskreditiert, indem er dem Ausland wissentlich "falsche Informationen" über die politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Lage in Weißrussland zur Verfügung stellt, kann dem Gesetz zufolge mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden. Wer an Demonstrationen und Protestaktionen nicht registrierter - das heißt unabhängiger oder oppositioneller - Gruppen teilnimmt, riskiert ebenfalls Gefängnis. So genannte "schädliche Kontakte" mit ausländischen Staaten und Institutionen sind untersagt. Was falsche Informationen und was unerwünschte Kontakte genau sind, das unterliegt der Interpretationshoheit des Regimes.

### **Angst und Unsicherheit verbreiten**

Vorgelegt und besonders unterstützt wurde das Gesetz vom allgegenwärtigen Geheimdienst - der heißt in Belarus immer noch KGB. Ihm und den willfährigen Abgeordneten im Minsker Parlament geht es einzig und allein darum, Angst und Unsicherheit zu verbreiten. Manche rechnen schon bald mit Schauprozessen. Menschen, die für eine demokratische Entwicklung, eine lebendige Zivilgesellschaft eintreten, sollen entmutigt, diskriminiert und kriminalisiert werden. Wer also beispielsweise als unabhängiger Wissenschaftler an einer Konferenz im Ausland teilnimmt, dort seine gewonnenen Erkenntnisse - etwa über wirtschaftliche Probleme in Belarus - verbreitet, kann bei seiner Rückkehr schon an der Grenze verhaftet werden. Wer für ausländische Medien arbeitet, dem droht das gleiche Schicksal. Die Zusammenarbeit mit internationalen nicht-staatlichen Organisationen oder politischen Stiftungen wird erschwert.

Das Regime nimmt für sich eine all umfassende Fürsorge in Anspruch, weshalb Politiker das neue Gesetz auf geradezu bizarre Weise begründeten: Es gehe darum, die Lage „zu stabilisieren“. Und im Übrigen spreche man ja öffentlich auch nicht schlecht über die "eigene Familie". Der autoritäre Staat als Familie!?

### **Erschreckende Gleichschaltung**

Unter dem Deckmantel allumfassender Fürsorge verbirgt sich eine Bevormundung, die jeden Widerspruch im Keim ersticken soll. In Minsk ist man nervös. Wenige Monate vor den geplanten Präsidentschaftswahlen fürchten Aleksandr Lukaschenko und die Nomenklatura des Landes nichts mehr als gesellschaftliche und politische Veränderungen wie etwa in der Ukraine oder Georgien. Ein Umsturz der Verhältnisse soll mit allen Mitteln verhindert werden.

Daher erfolgt derzeit eine erschreckende Gleichschaltung auf vielen Ebenen: Rechtsanwälte dürfen sich nicht mehr zu Menschenrechtsfragen äußern, kritische Studenten werden gegängelt und von den Universitäten verwiesen, Schriftsteller mundtot gemacht. Eben erst

wurde ein staatstreuer Autorenverband gegründet, um auch noch die letzten Reste künstlerischer Freiheit zu beseitigen und unabhängige Schriftsteller ins Abseits zu stellen. Wie zu sowjetischen Zeiten herrscht eine Atmosphäre der Angst und Einschüchterung. Über Politik spricht man nur hinter vorgehaltener Hand, die Furcht vor Repression ist überall spürbar. Für Journalisten und Schriftsteller, für Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft ist in Weißrussland eine bleierne Zeit angebrochen.

*Cornelia Rabitz  
DW-RADIO/Russisch, 12.12.2005, Fokus Ost-Südost*

Lukaschenko bei vielen Belarussen beliebt

**Laut einer unabhängigen Meinungsumfrage unterstützen 47 Prozent der Belarussen ihren Präsidenten Aleksandr Lukaschenko. Warum ist ein so großer Teil der Bevölkerung mit ihm zufrieden? Experten geben ihre Einschätzung.**

Einer Meinungsumfrage in Belarus zufolge, die mit Unterstützung des Unabhängigen Instituts für sozialwirtschaftliche und politische Studien in Vilnius durchgeführt wurde, genießt der belarussische Präsident Lukaschenko das Vertrauen von 47 Prozent der Bevölkerung. Gerade so viele wahlberechtigte Belarussen würden Lukaschenko bei Präsidentschaftswahlen ihre Stimme geben. Für dessen Gegner, den Führer der Vereinigten Bürgerpartei Anatolij Lebedko, würden lediglich 3,5 Prozent der Wähler votieren. Hervorzuheben sei, so das litauische Institut, dass sich zwischen Mai und Oktober dieses Jahres die Anzahl der Anhänger des jetzigen belarussischen Staatsoberhauptes sogar um fünf Prozent erhöht habe.

**„Besseres Leben als in der Sowjetunion“**

40 Kilometer von Minsk entfernt befindet sich am Straßenrand entlang der Logojskaja-Trasse ein kleiner Markt, wo Ortsansässige mit Lebensmitteln aus eigener Produktion Handel treiben. Die Familie Selich aus Logojsk bessert ihr Einkommen mit selbstgesammelten Pilzen auf. Aber auch ohne diese Einnahmen würden sie unter der jetzigen Regierung gut leben. Im Vergleich zum Leben in der Sowjetunion habe sich ihr Leben im unabhängigen Belarus spürbar verbessert, meint die 48jährige Sanitäterin Ada Selich: „Lukaschenko ist wirklich der beste Präsident, ein Hausherr, und er setzt sich für die Arbeiter ein. Alles änderte sich, als Lukaschenko kam. Mit ihm leben wir besser. Ich möchte, dass er bis zum Ende seines Lebens bleibt. Wir sind Arbeiter und früher fiel es uns schwer, Geld zu verdienen. Jetzt ist vieles besser. Ringsum gibt es alles, für alles ist ringsum gesorgt. Ich bin unserem Präsidenten dankbar dafür, dass ich meine Familie versorgen kann.“

**Belarussisch-russische Freundschaft**

Adas Ehemann, Wasilij, ist Verladearbeiter. Er glaubt, dass unter Lukaschenko die belarussischen Dörfer aufblühen werden. Außerdem sollten sich Belarus und Russland unbedingt zusammentun: „Unsere Fabriken können Russland helfen. In Russland ist die Lage schwierig. Schauen Sie deren Dörfer an, dort ist alles vernachlässigt. Helfen muss man gerade den Menschen auf dem Lande, denn bei denen kommt nichts an. In unseren Dörfern kommt alles an. Jeden Montag versammelt der Vorsitzende des Bezirks-Exekutivkomitees die Vorsitzenden der Kolchosen. Er hilft ihnen und kauft für sie Erntemaschinen. Wessen Verdienst ist das? Natürlich der des Präsidenten!“

## **Zufriedene Rentner**

Die 70jährige Rentnerin Marija Gusakowskaja verkauft Pflaumen aus dem eigenen Garten. Auch wenn sie mit dem Verkauf nicht viel verdient, ist sie dennoch zufrieden. In letzter Zeit hat sich das Leben für sie verteuert, weil die Tarife für die kommunalen Dienstleistungen und die Lebensmittelpreise angehoben wurden. Trotzdem ist Lukaschenko für sie der beste Präsident: „Ich unterstütze ihn, weil er rechtzeitig die Rente zahlt. Sie ist gering, aber dafür kommt sie rechtzeitig. Deswegen werde ich für ihn stimmen. Es gibt genug Wurst und Brot. Man überlebt und verhungert nicht. Nur, dass alles eben teuer ist. Aber das ist nicht schlimm, dann kaufen wir eben keine teure Wurst, sondern die billigere. Dennoch hungern wir nicht.“

Die Rentnerin Marija Tichanowitsch weiß nicht, ob sie die Wahlen noch erleben wird, denn ihre Gesundheit lässt stark nach. Aber wenn sie es bis zu den Wahlen im Sommer schafft, dann will sie für Lukaschenko stimmen: „In den Geschäften gibt es alles. Es ist teuer, aber vielleicht wird es billiger. Die Rente wird etwas erhöht. Lukaschenko wird Belarus auf die Beine stellen. Als er kam, gab es nichts. Er bringt Belarus vorwärts. Er setzt sich für das Volk ein.“

## **Lukaschenkos Erfolg bei den Wählern**

Ergebnisse unabhängiger soziologischer Studien zeigen, dass für viele Menschen auf dem Lande Lukaschenko tatsächlich ihr Präsident ist. Ihre Liebe zu ihm begründen Arbeiter, Rentner und Bauern von Kolchosen meist mit den regelmäßig gezahlten Gehältern und Pensionen, aber auch mit der Stabilität im Leben und der Wiedergeburt des Dorfes. Lukaschenkos Erfolg bei den Wählern geht aber auf etwas ganz anderes zurück, meint der unabhängige Politologe Walerij Karbalewitsch: „Lukaschenko bietet die Werte und das gesellschaftliche Modell an, das mit den Werten jener Menschen übereinstimmt. Lukaschenko ist dafür, Eigentum in Staatshand zu belassen, Kolchosen zu bewahren und eine starke Staatsmacht aufrechtzuerhalten, ohne demokratische Institutionen unter der Devise: Im Lande muss es einen Hausherrn geben. Er steht für die Freundschaft mit Russland und den Kampf gegen den Westen. Diese Werte und Vorstellungen herrschen im Bewusstsein der Wähler vor, die ihn unterstützen.“

## **Aufschwung und Haushaltsüberschuss**

Unabhängige Experten stellen fest, dass im gesamten postsowjetischen Raum derzeit ein Wirtschaftsaufschwung herrscht. Lukaschenko stellt das als Erfolg seiner Politik dar. Der Aufschwung in Belarus ist aber in erster Linie auf die gute Konjunktur auf dem Markt von Produkten aus der Erdölverarbeitung zurückzuführen. Aufgrund dessen hat sich in Belarus ein Haushaltsüberschuss ergeben, der es Lukaschenko ermöglicht, unter anderem regelmäßig Renten und Gehälter zu zahlen. Die Renten in Belarus gehören in der Tat heute zu den höchsten im gesamten postsowjetischen Raum. Mehr noch: Oft erhalten Rentner mehr Geld als deren berufstätige Kinder.

*Walerija Minskaja  
DW-RADIO/Russisch, 14.12.2005, Fokus Ost-Südost*

## Neue Hürden für politische Parteien in Belarus

**In Belarus ist ein neues Gesetz zur Arbeit der politischen Parteien in Kraft getreten. Hauptunterschied zum bisher gültigen Gesetz: Ihre Tätigkeit kann per Gerichtsbeschluss für ein halbes Jahr gestoppt werden.**

Im neuen Gesetz „Über politische Parteien“ wurden die Regeln für die Gründung der Parteien und ihre Tätigkeit konkretisiert – konkretisiert wurden ebenfalls die Methoden, die Parteien zu kontrollieren.

### **Gegensätzliche Meinungen**

Insgesamt 17 Parteien waren dazu aufgerufen, an der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs teilzunehmen. Nur zwei gingen auf dieses Angebot ein: die regierungstreue Kommunistische Partei und die oppositionelle Partei der Kommunisten. Während die regierungstreuen Kommunisten das Gesetz sehr gut fanden, vertritt die oppositionelle kommunistische Partei die Gegenmeinung. Sergej Kaljakin, erster Sekretär dieser Gruppierung, sagte der Deutschen Welle: "Der Staat will die Rechte der politischen Parteien einschränken und gleichzeitig ihre Tätigkeit streng reglementieren."

Michail Reschetnikow, der Vorsitzender der Republikanischen Partei „*Arbeit und Gerechtigkeit*“, nannte das neue Gesetz einen Versuch, „den Parteien den Mund zu stopfen.“ Seiner Meinung nach sind die Parteien ein Ventil der politischen Stimmung in der Gesellschaft. Wenn man dieses Ventil schließe könne es zu einer Explosion kommen.

### **Weniger harte Regelungen als geplant**

Erwähnen sollte man, dass einige Bestimmungen des neuen Gesetzes bereits in Dekreten oder Erlassen des Präsidenten enthalten waren und de facto schon angewendet wurden, so etwa die verpflichtende Registrierung einer Partei oder verschärfte Regelungen für die Finanzierung von Parteien. Eine ganz neue Maßnahme im Gesetz ist die Möglichkeit, die Tätigkeit von Parteien für sechs Monate auszusetzen, wenn ein Gericht dies entscheidet.

Allerdings ist die Endfassung des Gesetzes nicht so hart ausgefallen wie der Gesetzentwurf selbst. So war im Vorfeld geplant worden, die für eine Registrierung notwendige Mindestmitgliederzahl zu erhöhen – dies wurde jedoch nicht umgesetzt.

Die Abgeordnete Olga Abramova versucht, etwas Positives im neuen Gesetz zu sehen. Ihrer Meinung nach könnte die Tatsache, dass eine Partei für sechs Monate an der Arbeit gehindert wird, das Gegenteil bewirken: dass ihre Popularität wächst und sie bekannter wird.

Viktor Agajew  
DW-RADIO/Russisch, 2.11.2005, Fokus Ost-Südost

Präsident Lukaschenko gibt sich judikative Befugnisse

**Laut einem Erlass kann der belarussische Präsident nun persönlich über die Haftbarkeit von Unternehmen entscheiden. Der Experte Jaroslaw Romantschuk erläutert die Folgen für die belarussische Geschäftswelt.**

Am 18. Oktober hat die Organisation *Transparency International* ihren Bericht über die korruptesten Länder der Welt vorgelegt. Belarus nimmt auf der Liste Platz 107 ein. Die Korruption ist – vor allem bei der Schlichtung von Wirtschaftsstreitigkeiten – eines der Haupthindernisse bei der Entwicklung der belarussischen Wirtschaft. Der Erlass des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko „Über die Vervollkommnung des Verfahrens zur Befreiung von Subjekten der unternehmerischen Tätigkeit von der wirtschaftlichen Haftbarkeit“ soll die Lage nun verbessern. Der Pressedienst des belarussischen Staatsoberhauptes teilte mit, der Erlass sei herausgegeben worden, um nicht gerechtfertigte Pleiten zu verhindern. Ferner solle der Erlass solche Unternehmen schützen und fördern, die für das Land von besonderer Bedeutung seien.

### **Justiz wird machtlos**

An dem Erlass fällt vor allem auf, dass von nun an Präsident Aleksandr Lukaschenko persönlich beschließen kann, ein Unternehmen von dessen Haftbarkeit zu befreien, auch wenn ein Gericht ein Unternehmen bereits verurteilt hat. Auch kann der Präsident Geschäftsleute von Wirtschaftssanktionen befreien, die wegen Steuersünden sowie wegen Verstößen in der Bauwirtschaft, beim Zoll und Handel oder im Bankwesen bestraft wurden.

Der Leiter des Forschungszentrum Mises, Jaroslaw Romantschuk, sagte der Deutschen Welle auf die Frage, ob der Erlass auf eine schlechte Arbeit der Wirtschaftsgerichte zurückzuführen sei, folgendes: „Es liegt nicht an der Justiz. Der Erlass schließt die Krönung des belarussischen Präsidenten ab und verleiht ihm absolut alle Befugnisse, angefangen von exekutiven über legislative bis hin zu judikativen. Sogar Gerichtsurteile können ignoriert werden, wenn die Exekutive meint, dass es für den Staat von Vorteil ist, gewisse Sanktionen aufzuheben.“

### **Kompliziertes Verfahren**

Die Befreiung von der Haftbarkeit sehe, wie jeder Beschluss in Belarus, ein qualvolles Verfahren vor, sagte Romantschuk der Deutschen Welle. Der Leiter des Forschungszentrums Mises betonte: „Um eine Befreiung von der Haftbarkeit zu erreichen, müssen mindestens neun Dokumente vorgelegt werden - Bescheinigungen der Steuerinspektion, vom Zoll und vom Wirtschaftsministerium. Die Buchführung und die Bilanzen müssen offengelegt werden.“ Romantschuk meint, das Verfahren sei so kompliziert, dass es nur große, in erster Linie staatliche Unternehmen bewältigen könnten. Nur gewisse Unternehmen könnten in den Genuss von Vergünstigungen und Privilegien kommen, meint Romantschuk, und zwar nach dem Prinzip des Präsidenten: „Ich begnadige diejenigen, die mich unterstützen.“

### **Nichts für kleine und mittlere Unternehmen**

Dem Experten zufolge wird der Erlass keine Auswirkungen auf kleine private Unternehmen haben, weil es für sie unrealistisch sei, alle notwendigen Dokumente zusammenzutragen und das gesamte Verfahren zu bewältigen. Die kleinen Unternehmen leiden Romantschuk zufolge schon jetzt unter dem Druck der Bürokratie: „Das Verfahren sorgt für noch stärkeres

Kopfzerbrechen. Deswegen glaube ich nicht, dass kleine und mittlere Unternehmen den Erlass begrüßen. Ich denke, dass 99 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen von dem Erlass unberührt bleiben werden.“ Romantschuk zufolge werden sich kleine und mittlere Unternehmen aber ärgern, dass großen Staatsunternehmen verziehen wird und Strafen erlassen werden, während kleine Unternehmen das Nachsehen haben werden.

*Wladimir Dorochow  
DW-RADIO/Russisch, 18.10.2005, Fokus Ost-Südost*

Neues Druckmittel gegen gesellschaftliche Organisationen in Belarus

**In Belarus bedürfen nun gesellschaftliche Bewegungen, Parteien-Bündnisse, Berufsverbände und Bürgerinitiativen einer neuen staatlichen Zulassung. Das Justizministerium will prüfen, ob sie politische Ziele verfolgen.**

Der vom belarussischen Justizminister Wiktor Golowanow unterzeichnete Beschluss betrifft Bündnisse politischer Parteien, Berufsverbände sowie Bewegungen und Initiativen, die Bürger oder juristische Personen vereinen. Gemäß dem Dokument können alle diese Vereinigungen als solche betrachtet werden, die politische Ziele verfolgen. Laut Justizministerium genügt es, eine Veranstaltung politischen Charakters durchzuführen. Das Justizministerium kann zudem eine Vereinigung als politisch bezeichnen, wenn ihnen Politiker oder deren Anhänger als Mitglieder angehören. Deswegen dürfen solche Vereinigungen nun erst nach einer staatlichen Registrierung aktiv werden.

**„Furcht vor Regime-Gegnern“**

Die belarussischen Behörden stellen nicht zum ersten Mal gesellschaftlichen Organisationen oder Bündnissen politischer Parteien Hindernisse in den Weg. Das betonte unter anderem der Vorsitzende der belarussischen Vereinigten Bürgerpartei, Anatolij Lebedko in einem Gespräch mit der Deutschen Welle. Er sagte ferner: „Es wundert doch niemanden mehr, dass die Staatsmacht Subjekten des politischen Lebens die Betätigung erschwert. Sie fürchtet die Konsolidierung der Gegner des Regimes vor dem bevorstehenden Wahlkampf.“

**Beispiel Präsidentschaftswahlen**

Belarussischen Nichtregierungsorganisationen entstehen rechtliche Probleme immer vor wichtigen politischen Ereignissen – vor Wahlen und Volksbefragungen. 2001, als die letzten Präsidentschaftswahlen stattfanden, wurde eine ganze Reihe von Nichtregierungsorganisationen aufgelöst oder verboten. Opfer wurden vor allem diejenigen, die sich mit der unabhängigen Wahlbeobachtung befassen. Gleichzeitig wurde auch die Zulassung neuer gesellschaftlicher Organisationen gestoppt. Entgegen des Gesetzes, das für die Zulassung eine Frist von einem Monat vorsieht, wurden die Anträge über ein Jahr lang geprüft. In der Regel wurden die Anträge abgelehnt. Versuche, die Entscheidungen der Behörden vor Gericht anzufechten, endeten meist ohne Erfolg.

**Immer weniger NGOs**

Jurij Tschausow, Jurist der belarussischen Organisation *Vereinigung der Nichtregierungsorganisationen*, die vom Justizministerium keine Zulassung erhielt, sagte der Deutschen Welle: „Mit jedem Jahr nimmt die Anzahl der Organisationen um etwa 100 ab.“

Man kann nicht sagen, dass die Zulassung gesellschaftlicher Organisationen gestoppt ist, aber das Justizministerium genehmigt nur sechs Prozent der Anträge.“ Tschausow unterstrich, heute bestünden in Belarus pro Kopf am wenigsten Nichtregierungsorganisationen in Europa.

### **Bisherige Lösung entfällt**

In dieser Situation blieb den Bürgern bisher nichts anderes übrig, als ihre Organisationen eine Bürgerinitiative oder gesellschaftspolitische Bewegung zu nennen. Deswegen kann der jüngste Beschluss des Justizministeriums das schon heute dürftige gesellschaftliche Leben in Belarus jetzt ganz paralisieren. Lebedko, Führer der Vereinigten Bürgerpartei, die der Oppositionskoalition Fünf Plus angehört, bleibt dennoch optimistisch: „Das Wichtigste ist, dass aufrechterhalten wird, dass die meisten Menschen heute Veränderungen wollen und dass die meisten Menschen nicht für Lukaschenko stimmen wollen.“

*Irina Makowezkaja, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 20.9.2005, Fokus Ost-Südost*

Belarus schränkt internationale technische Hilfe ein

**Laut einem neuen Präsidenten-Erlass ist es untersagt, Hilfe für verfassungswidrige Ziele in Anspruch zu nehmen. Belarussische Nichtregierungsorganisationen müssen jetzt mit Problemen rechnen, so Experten.**

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko einen Erlass unterzeichnet, der die internationale technische Hilfe für das Land regelt. Gemäß dem Erlass ist es belarussischen Organisationen und Privatpersonen untersagt, internationale Hilfe für verfassungswidrige Ziele zu nutzen. Zu diesen gehören der Sturz der Staatsmacht, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, die Verherrlichung von Krieg und andere vom Gesetz verbotene Tätigkeiten. Internationale technische Hilfe darf laut Erlass nicht für die Vorbereitung von Wahlen und Volksbefragungen sowie von Großveranstaltungen und Kampagnen unter der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Der Erlass betrifft auch Hilfen bei der Veranstaltung von Seminaren und Konferenzen. Personen, die entsprechende Veranstaltungen durchführen wollen, sind nun verpflichtet, umfassende Angaben über die Veranstaltung gegenüber einer Kommission bei der belarussischen Regierung zu machen.

### **„Impfung gegen Demokratie“**

Der belarussische Politikwissenschaftler Aleksandr Feduta sagte der Deutschen Welle über den Erlass, Präsident Lukaschenko wolle nicht, dass sich internationale Strukturen an belarussischen Wahlkämpfen beteiligten. Feduta zufolge ist der Erlass eine vorbeugende Maßnahme: „Wenn wir gesund beleiben wollen, dann müssen wir uns abhärten. Wenn er die Macht nicht verlieren will, dann muss er eine Impfung vornehmen. Dieser Erlass ist eine Impfung gegen Demokratie.“

### **„Ziel ist Gleichberechtigung“**

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im belarussischen Parlament, der Abgeordnete Anatolij Krasuzkij, meint, dass der Erlass die geltenden Gesetze nur präzisiere. Der Erlass stelle für Nichtregierungsorganisationen, die

keine der im Erlass genannten verfassungswidrigen Ziele verfolgten, keine Gefahr dar. Krasuzkij ist überzeugt, dass der Erlass positiv ist, weil alle Teilnehmer am Wahlkampf über die gleichen Voraussetzungen verfügen werden. Er sagte: „Beispielsweise will ein Lehrer oder Ingenieur einfach kandidieren. Aber andere Kandidaten, für die fremde Onkel alles bezahlt haben, absolvieren in Seminaren und Kursen eine ganze Ausbildung. Kann man dann von Gleichberechtigung sprechen?“

### **Negative Auswirkungen**

Der Politologe Feduta teilt den Optimismus des Abgeordneten Krasuzkij nicht. Ihm zufolge wird sich der Erlass des Präsidenten auf die Tätigkeit der Nichtregierungsorganisationen und der demokratischen Kräfte des Landes äußerst negativ auswirken. Feduta sagte der Deutschen Welle: „Mit der Unterzeichnung des Erlasses hat Lukaschenka die Anzahl potentieller politischer Gefangener in Belarus deutlich erhöht.“ Die demokratische Gemeinschaft in Belarus müsse nun, so Feduta, neue Wege zur Sicherung ihrer Existenz suchen.

*Wladimir Dorochow, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 18.8.2005, Fokus Ost-Südost*

Jahresansprache: Lukaschenko sieht „lichte Zukunft“

**Der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko hat sich an sein Volk gewandt. Er lobte die Wirtschaftsentwicklung und rügte die Opposition. Einen Sturz seines Regimes in Belarus hält er für unmöglich.**

Präsident Aleksandr Lukaschenko sagte am 19. April in seiner zweistündigen Jahresansprache an die Abgeordneten beider Kammern des Parlaments und an das Volk, in den vergangenen Jahren habe das Land Erfolge in zahlreichen Bereichen erzielt. Weißrussland befinde sich derzeit in einer völlig neuen Etappe seiner Entwicklung. Der Präsident betonte, der derzeitige Kurs sei effektiv, was der wachsende Wohlstand der Bürger beweise. Unter Berufung auf die UNO sagte Lukaschenko, heute hätten nur zwei Prozent der Bürger des Landes zwei Dollar pro Tag zum Leben. Die Gründe für die Stabilität des belarussischen Staates sind Lukaschenkos Ansicht nach die starke Staatsmacht, die stabile Wirtschaft, die staatliche Ideologie und die Bürgergesellschaft. Der Präsident teilte mit, Anfang kommenden Jahres werde die dritte gesamtbelarussische Versammlung ein Programm zur Entwicklung des Landes bis zum Jahr 2010 verabschieden: „Aufgabe ist es, bis zum Jahr 2010 das Bruttoinlandsprodukt um das Anderthalbfache zu steigern, das Durchschnittseinkommen auf 500 Dollar anzuheben und die Armut um das Doppelte zu senken.“

**„Niemand bekommt Keuschheitsgürtel“**

Das Staatsoberhaupt verteidigte in der Ansprache seinen Erlass über die Verhinderung von Menschenhandel, der von zahlreichen Experten als Maßnahme gesehen wird, das Land noch stärker von der Außenwelt abzuschotten. Lukaschenko erklärte, der Erlass sehe einen Kontrollmechanismus und Hilfen vor allem für weibliche belarussische Staatsbürger vor, die ins Ausland reisen. Der Präsident sagte: „Wir wollen niemandem einen Keuschheitsgürtel um die entsprechenden Körperteile hängen. Das ist Ihr Problem. Entscheiden Sie, wie Sie es für richtig halten. Aber der Handel mit Frauen ist in unserem Staat verboten.“

## **„Stabilität in Belarus imponiert nicht allen Europäern“**

Lukaschenko sprach auch über die Außenpolitik. Er gab zu, in den Beziehungen zur EU gebe es viele Probleme, weil nicht allen Europäern die politische Stabilität und die soziale Ausrichtung der belarussischen Reformen imponierten. Lukaschenko bewertete die jüngsten politischen Umbrüche im postsowjetischen Raum äußerst negativ: „Für uns ist dieses Szenario einer ‚demokratischen‘ Absetzung politischer Eliten, die dem Westen unbequem sind, nicht akzeptabel. All diese bunten Revolutionen sind in Wirklichkeit keine Revolutionen. Das ist offenes Banditentum unter dem Deckmantel der Demokratie.“ Der Staatschef äußerte die Überzeugung, es sei unmöglich, ein solches Szenario in Weißrussland umzusetzen: „Kein Geld wird in Belarus arbeiten können, um die heutige Staatsmacht zu stürzen. Das sollen all diejenigen hören, die heute dieses Geld in Säcken und Koffern, aber auch über Botschaften ins Land bringen. Wir wissen alles.“

## **„Lichte Zukunft“**

Im Zusammenhang mit einem Seminar, das vor kurzem in Vilnius stattfand, kritisierte der Präsident die belarussische Opposition scharf. Er betonte, ihm liege ein Stenogramm dieser „geheimen Versammlung“ vor. Darin gehe es nur um Geld. Lukaschenko unterstrich in seiner Ansprache, er blicke zuversichtlich in die Zukunft des Landes, die seiner Überzeugung nach licht sein wird.

*Wladimir Dorochow, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 19.4.2005, Fokus Ost-Südost*

## **3.2 Regimegegner unter Druck**

Belarussisches Fernsehen: Opposition plant Wahlfälschung

**Einem Bericht des belarussischen Staatsfernsehens zufolge hat der KGB des Landes angeblich bei Hausdurchsuchungen vorgefertigte Protokolle von Exit-Polls für den Tag der Präsidentschaftswahl am 19. März sichergestellt.**

Eine Woche nach der Festnahme von vier Aktivisten der nicht zugelassenen Organisation „Partnerschaft“, die sich mit der Ausbildung von Wahlbeobachtern und einer unabhängigen Wahlbeobachtung befasst, berichtete das belarussische Fernsehen detailliert über die Arbeit der Organisation.

In einem Beitrag in der Sendung „Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit“ wurde erklärt, dass bei Hausdurchsuchungen Mitarbeiter des KGB im Büro der Organisation „Partnerschaft“ mehrere Tausend Dollar und Mobiltelefone gefunden hätten, aber auch Zahlungsbelege, denen zufolge Wahlbeobachter Geld erhalten hätten. Außerdem seien vorgefertigte Protokolle von Exit-Polls sichergestellt worden, von angeblichen Befragungen der Wähler am Ausgang der Wahllokale, die bereits auf den Wahltag, dem 19. März datiert seien. In den Protokollen

stehe, der Oppositionskandidat Milinkewitsch habe am 19. März mit dem Stand von 20 Uhr 54 Prozent und Präsident Lukaschenko 41 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Dies zeige, so die Autoren des Fernsehberichts, dass die Opposition eine Fälschung des Wahlergebnisses vorbereite und dass die unabhängige Wahlbeobachtung nur ein Mythos sei.

Unterdessen befinden sich die vier festgenommenen Aktivisten der Organisation „Partnerschaft“, Nikolaj Astrejko, Enira Bronizkaja, Aleksandr Schalajko und Timofej Drantschuk, nach wie vor beim KGB in Untersuchungshaft. Für die Betätigung in einer illegalen Organisation drohen ihnen Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren.

### **Helsinki-Komitee: TV-Bericht unwahr**

Tatjana Protko, Vorsitzende des Belarussischen Helsinki-Komitees, sagte der Deutschen Welle, der Bericht des Staatsfernsehens entspreche nicht der Wahrheit. Protko, die schon mehrfach Wahlen beobachtet hat, betonte: „Diejenigen, die sich mit Menschenrechten befassen, haben keine Macht. Sie haben nicht einmal einen vernünftigen Arbeitsplatz. Sie sind im Voraus verdammt, wenn der Staat die Spielregeln missachtet. Unser Staat missachtet die Spielregeln. Dies geschieht derzeit den Menschenrechtlern, weil sie dem Staat schutzlos ausgeliefert sind.“ Sie berichtete ferner, das Belarussische Helsinki-Komitee sei, als es damit begonnen habe, die Verstöße im Wahlkampf zu protokollieren, sofort vom Justizministerium gewarnt worden, das Komitee könnte geschlossen werden.

Die Menschenrechtlerin unterstrich, der Staat verfolge bewusst unabhängige Wahlbeobachter. Ziel sei es, die unabhängige Wahlbeobachtung als solche zu diskreditieren. Protko sagte weiter: „Der Staat möchte, dass nur noch seine Wahlbeobachter übrig bleiben.“ Mit solchen Aktionen verschärfe der Staat die Lage im Lande: „Der Staat provoziert selbst eine Explosion von bürgerlichem Ungehorsam mit bösen Folgen. Es ist wie in einer Dampfmaschine, man muss die kritische Menge Dampf erreichen, und gerade jetzt wird diese kritische Menge produziert.“

### **Gallup-Institut weist Vorwürfe zurück**

Das belarussische Fernsehen behauptete ferner, die Protokolle der Exit-Polls für den 19. März seien auf Vordrucken des Gallup-Instituts vorgefertigt worden. Der Leiter des Büros des amerikanischen Gallup-Instituts in Vilnius nannte inzwischen den Bericht des belarussischen Fernsehens eine Fälschung.

*Irina Makowezkaja  
DW-RADIO/Russisch, 27.2.2006, Fokus Ost-Südost*

## **Haftstrafe für belarussischen Oppositionellen**

**Der ehemalige Abgeordnete und bekannte Oppositionspolitiker Sergej Skrebez ist zu einer Freiheitsstrafe von 2,5 Jahren verurteilt worden. Er selbst meint, er werde nur wegen seiner oppositionellen Betätigung verfolgt.**

Der Gerichtsprozess gegen Sergej Skrebez begann am 6. Januar 2006. Am 2. Februar wurden die gerichtlichen Ermittlungen abgeschlossen. Es wurden Zeugen geladen und Akten studiert. Die Aussprache der Seiten fand am 6. Februar statt.

Dem ehemaligen Parlamentarier und einstigen Chef des Handelshauses „*BelBabajewskij*“ wurde vorgeworfen, einen staatlichen Kredit in Höhe von umgerechnet 340.000 Dollar erschwindelt zu haben, der nie zurückgezahlt worden sei. Außerdem wurden ihm illegale Geschäfte zur Last gelegt. Das Gericht kam zum Ergebnis, dass Skrebez sich an der Leitung des Unternehmens auch nach seiner Wahl zum Abgeordneten beteiligt habe. Darüber hinaus wurde er beschuldigt, Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft im Gebiet Brest Schmiergeld angeboten zu haben. Damit habe Skrebez versucht, das Urteil gegen einen Angeklagten, der zu einer Freiheitsstrafe von 24 Jahren verurteilt wurde, abzumildern.

### **Oppositionelle Aktionen**

Viele Experten sind überzeugt, dass die Strafsache gegen Skrebez politisch motiviert ist. Der ehemalige Abgeordnete des Repräsentantenhauses der belarussischen Volksversammlung der zweiten Legislaturperiode führte abwechselnd mit Wladimir Parfenowitsch und Walerij Frowlow die oppositionelle Abgeordnetengruppe „*Respublika*“ an. Im Sommer 2004 hatte sich Skrebez am Hungerstreik der „*Respublika*“-Abgeordneten beteiligt, die Änderungen des Wahlgesetzes forderten. Im Jahr 2004 gehörte Skrebez zu den Organisatoren einer Aktion, die dem Ende des 10. Amtsjahres von Aleksandr Lukaschenko gewidmet war. Seit dieser Aktion, an der sich zahlreiche Menschen beteiligt hatten, dürfen viele Rock-Musiker im staatlichen Fernsehen und Radio nicht mehr auftreten.

### **Bewerbung ums Präsidentenamt**

Nach Ende seines Abgeordnetenmandats fürchtete Skrebez politische Verfolgung, weswegen er in Russland um politisches Asyl bat. Das wurde ihm aber nicht gewährt. Noch in der Untersuchungshaft versuchte Sergej Skrebez, sich um das belarussische Präsidentenamt zu bewerben. Er musste jedoch seine Bemühungen während der Unterschriftensammlung aufgeben, da es seiner Meinung unmöglich ist, aus dem Gefängnis heraus einen Wahlkampf zu führen. Im Gefängnis trat Skrebez in einen tagelangen Hungerstreik, aus Protest gegen die ihm zur Last gelegten Straftaten. Der ehemalige Abgeordnete ist überzeugt, dass er ausschließlich wegen seiner aktiven oppositionellen Betätigung verfolgt wird.

*Gennadij Konstantinow  
DW-RADIO/Russisch, 14.2.2006, Fokus Ost-Südost*

## Schriftsteller als Gefangene des politischen Systems

**In Belarus wurde ein Verband regierungstreuer Schriftsteller gegründet. Hauptaufgabe der Mitglieder: Sie sollen in ihren Werken den autoritär regierenden Präsidenten Aleksandr Lukaschenko verherrlichen.**

Wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen zieht der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko alle Register, um seine potentiellen Gegner auszuschalten. Unter immer stärkerem Druck geraten nicht nur unabhängige Journalisten und oppositionelle Politiker, sondern auch Schriftsteller. Es häufen sich Überfälle auf demokratisch gesinnte Intellektuelle. Die Treue zum Präsidenten ist zum Zeichen nicht nur politischen, sondern auch gesellschaftlichen Überlebens geworden.

## **Unabhängige Schriftsteller unter Generalverdacht**

Vor kurzem wurde nun ein Verband regierungstreuer Schriftsteller gegründet. An seiner Spitze steht der frühere Leiter des Wahlstabs von Aleksandr Lukaschenko. Er soll dafür sorgen, dass über den belarussischen Präsidenten nur Positives geschrieben wird. Mit der Gründung eines neuen Schriftstellerverbandes wird die Tätigkeit der bereits bestehenden Schriftstellerorganisation außer Kraft gesetzt. Dessen Vorsitzender Ales Paschkewitsch sieht dieser Entwicklung mit großer Skepsis entgegen: „Während der Perestrojka diente der Schriftstellerverband als eine geistige Grundlage, aus der politische Parteien und Bürgerinitiativen entstanden. Belarussische Schriftsteller arbeiteten für ihre Heimat. Sie steigerten nicht nur das Ansehen der nationalen Kultur, sondern waren auch Aufklärer.“

Nun erhält der unabhängige Schriftstellerverband keine staatliche Unterstützung mehr. Seinen Mitgliedern werden oppositionelle Tätigkeiten vorgeworfen: Sie würden gegen ihr Land arbeiten. Diejenigen, die keine aktive Unterstützung für Lukaschenkos Politik zum Ausdruck bringen, gelten automatisch als untreu, so Ales Paschkewitsch. Weil sie die Anschauung der Leser beeinflussen können, werden sie aus dem öffentlichen Leben weitgehend verbannt.

## **Flucht ins Exil**

Swetlana Aleksiewitsch ist eine davon. Um die staatliche Verfolgung zu vermeiden, hat die in Belarus bekannte Schriftstellerin vor fünf Jahren das Land kurzerhand verlassen. Heute arbeitet sie an ihren Werken im deutschen Exil, in einer kleinen Stadt bei München. Am liebsten würde sie aber in ihrer Heimatstadt Minsk leben. Im Moment muss sie jedoch auf diesen Wunsch verzichten. „Ich musste Belarus verlassen, denn ich spürte, dass ich zu einer Geisel der Barrikaden wurde. Ich war einfach nicht mehr imstande, diese wunderbare Welt in ihren bunten Farben wahrzunehmen“, erzählt Frau Aleksiewitsch.

Wegen ihrer systemkritischen Werke geriet die 56-Jährige unter staatlichen Druck. In ihren Büchern befasst sie sich mit den brisantesten Themen der belarussischen Gesellschaft. Ihre Dokumentar-Prosa macht auf eine sehr überzeugende Weise klar, was heute in Belarus passiert und warum es so und nicht anders ist. „Die Staatsmacht, die lediglich von einer Person abhängt, von ihrer momentanen Stimmung und ihrer Weltanschauung, ist sehr gefährlich. Viele Schriftsteller aus meinem Bekanntenkreis leiden darunter. Einige von ihnen sind sogar spurlos verschwunden.“

## **Oppositionelle Schriftsteller bedroht**

In letzter Zeit wechselten immer mehr Autoren auf die Seite der Regierung, sagt sie, denn eine Mitgliedschaft in einem oppositionellen Schriftstellerverband könnte ihre Existenz ruinieren. Dafür müssten sie mit Repressalien rechnen, erzählt Aleksiewitsch: „Alle sind so verzweifelt und fühlen sich absolut machtlos. Derzeit ist der gesellschaftliche Widerstand auf einem absoluten Tiefstand angekommen. Es wurden unabhängige Zeitungen verboten und Bürgerinitiativen geschlossen. Unter solchen Bedingungen bleibt nur eine Form des Widerstandes: Man sollte sich als Persönlichkeit bewahren und versuchen sich auf seine Arbeit zu konzentrieren.“

Trotzdem blickt die belarussische Schriftstellerin Swetlana Aleksiewitsch optimistisch in die Zukunft. Sie hofft, dass sie bald in ihre Heimat zurückkehren kann, um dort ihre Arbeit für das Land fortzusetzen: „Es werden auch andere Zeiten kommen. Keiner hat Lebensgesetze

verändert. Sie sind genauso zeitlos und unumkehrbar wie die Gesetze der Natur. Man sollte keinesfalls in eine Depression geraten, wie es bei einigen Menschen in Belarus der Fall ist.“

*Olja Melnik, Gennadij Kessner  
DW-RADIO/Russisch, 23.11.2005, Fokus Ost-Südost*

## Belarussischen Oppositionellen drohen Haftstrafen

**Vor einem Gericht in Minsk müssen sich zwei bekannte Oppositionelle verantworten. Sie sollen Demonstrationen gegen Präsident Lukaschenko organisiert haben. Beobachter sprechen von einem Schauprozess.**

Am Montag dieser Woche begann in Minsk der Prozess gegen die bekannten belarussischen Oppositionsführer Pawel Severinez, einer der Anführer der Jugendorganisation „*Junge Front*“, und Mykola Statkewitsch, dem Koordinator der westlich orientierten „*Europäischen Koalition*“. Ihnen wird zur Last gelegt, am 18./19. Oktober vergangenen Jahres die allgemeine Ordnung gestört zu haben, indem sie Demonstrationen organisierten. Damals fanden in Minsk Massenproteste gegen die offiziellen Ergebnisse der Parlamentswahl und das Referendum über eine dritte Amtszeit Präsident Lukaschenkos statt.

### Zweifel an der Unabhängigkeit des Gerichts

Die Gerichtsverhandlung begann damit, dass die beiden Angeklagten Einspruch gegen die Zusammensetzung des Gerichtes einlegten. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben. Danach trennte sich Severinez von seinem Rechtsanwalt und erklärte, nicht mehr mit dem Gericht zusammenarbeiten zu wollen. Seine Entscheidung begründete er in einem Interview mit der Deutschen Welle. Er sagte: „Die Austragung politischer Angelegenheiten vor einem ‚unabhängigen‘ Gericht ist nicht möglich. Ich habe das schon im Gericht erklärt und die Aussage verweigert. Ich erkenne dieses Gericht nicht an und möchte mich einem Prozess vor diesem Gericht nicht stellen.“

Severinez betonte, dass er sich nicht schuldig bekenne. Er empfinde seinen Prozess als Rache der Machthaber und glaube nicht an einen Freispruch: „Ich glaube an einen Schuldspruch, weil die Staatsmacht in mir den Anführer der Massenproteste auf den Straßen Minsk sieht.“

### Vorbestrafte dürfen nicht kandidieren

Die Angeklagten müssen sich für Verstöße gegen einen Artikel des Strafgesetzbuches verantworten, der ein Strafmaß von bis zu drei Jahren Haft vorsieht. Vorbestrafte dürfen automatisch in Belarus nicht für die Präsidentschaftswahlen kandidieren. Ende März wurde Statkewitsch von der „*Europäischen Koalition*“ als einziger Präsidentschaftskandidat demokratischer Kräfte vorgestellt. Pawel Severinez ist sich deshalb sicher: „dass dies eine ‚politische Reinigung‘ im Hinblick auf die Wahlen 2006 ist. Nach den bunten Revolutionen hat das Lukaschenko-Regime Angst vor allen Widerständen auf den Straßen und vor allen Ereignissen, die eine Wiederholung dieser Revolutionen ermöglichen könnten.“

### Wiederholte Anklagen

Statkewitsch und Severinez sitzen nicht zum ersten Mal auf der Anklagebank. Severinez wurde bereits 1998 wegen „Rowdytums“ angeklagt, weil er ein Konzert, das anlässlich des

„Vereinigungstages“ zwischen Belarus und Russland stattfand, sabotiert hatte. Diese Anklage wurde damals jedoch fallen gelassen. Statkewitsch wurde vor fünf Jahren angeklagt, weil er an einem „Marsch für die Freiheit“ teilgenommen hatte. Er wurde zunächst zu zwei Jahren Haft verurteilt, diese Strafe wurde später jedoch in eine Geldstrafe umgewandelt.

*Wladimir Dorochow, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 24.5.2005, Fokus Ost-Südost*

## Demonstranten in Belarus müssen ins Gefängnis

**Die belarussische Polizei hat am 26. April in Minsk eine Protestaktion gewaltsam aufgelöst. 20 Demonstranten sind bereits in Haft, auch russische und ukrainische Staatsbürger. Moskau und Kiew reagieren unterschiedlich.**

Am 19. Jahrestag der Havarie im Atomkraftwerk Tschernobyl haben etwa 1000 Gegner des Regimes des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko eine nicht genehmigte Protestkundgebung veranstaltet. An ihr beteiligten sich auch russische und ukrainische Staatsbürger. Bei den Zusammenstößen mit den Sonderpolizei-Einheiten (OMON) am Dienstagabend (26.4.) wurden etwa 30 Demonstranten festgenommen. Ihnen wurde vorgeworfen, gegen die öffentliche Ordnung verstoßen zu haben. Augenzeugen berichteten, als erste seien die ukrainischen und russischen Demonstranten brutal verprügelt und festgenommen worden.

### **Haftstrafen auch gegen Journalisten**

Etwa 20 Personen wurden inzwischen zu Haftstrafen verurteilt. Der Vorsitzende der *Jungen Front*, Dmitrij Daschkewitsch, erhielt eine Haftstrafe von 12 Tagen, der Aktivist dieser Organisation, Pawel Lissitschow, und der Führer der russischen Bewegung *Russland ohne Putin*, Wadim Reswij, jeweils zehn Tage. Die Vorsitzende des Minsker Ortsverbandes der belarussischen Vereinigten Bürgerpartei, Marija Bogdanowitsch, wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 1500 US-Dollar verurteilt. Unter den Verurteilten befinden sich auch zwei russische Journalisten. Zehn Tage im Gefängnis wird der Korrespondent der Moskauer Zeitung *Komsomolez*, Michail Romanow, verbringen. Acht Tage hinter Gitter muss sein Kollege von der russischen Ausgabe der Zeitschrift *Newsweek*, Aleksandr Ometow. Auch fünf Vertreter der ukrainischen Organisation *Nationale Allianz* und insgesamt 13 Mitglieder der Jugendorganisationen der russischen Parteien *Jaboloko* und *SPS* sowie der Bewegung *Russland ohne Putin* wurden festgenommen. Sie hatten versucht, Präsident Lukaschenko eine Petition zu überreichen, mit der Forderung, der Beseitigung der Folgen des Unfalls im AKW-Tschernobyl mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

### **Kiew: Verstoß gegen internationales Recht**

Das Außenministerium der Ukraine richtete am Mittwoch (27.4.) an Minsk eine Protestnote, in der wegen der Festnahme ukrainischer Staatsbürger tiefe Besorgnis geäußert wird. In der Note heißt es, der Botschaft der Ukraine in Minsk sei ein Treffen mit den Festgenommenen verwehrt worden, was gegen die Wiener Konvention über Konsularbeziehungen verstoße.

Der erste Stellvertretende Außenminister der Ukraine, Anton Butejko, sagte der Deutschen Welle: „Die Verhaftung von Menschen in einer solchen Situation ist ganz klar ein Verstoß gegen das internationale Recht, was die Bürgerrechte angeht.“ Er fügte hinzu, das Gericht

habe die Urteile gesprochen, ohne den ukrainischen Staatsbürgern die Möglichkeit auf Verteidigung gegeben zu haben. Butejko betonte, die Ereignisse bestätigten die von der UNO geäußerte und von der Ukraine unterstützte Kritik an der Menschenrechtslage in Belarus. „Wir sind besorgt, dass unsere Befürchtungen, was die Menschenrechtsverstöße in Belarus betrifft, heute bestätigt werden. Wir haben das an dem konkreten Fall der ukrainischen Staatsbürger gesehen. Das beunruhigt, da die Ukraine die Menschenrechte und deren Schutz zu einer Priorität der Innenpolitik erklärt hat, was sich auch in den Positionen der Außenpolitik widerspiegelt. Aber wir beabsichtigen nicht, uns in die inneren Angelegenheiten von Staaten wie Belarus einzumischen“, erklärte Butejko.

### **Moskau: Zwischenfall belanglos**

Der Vertreter der russischen Botschaft in Minsk, Aleksandr Frolow, sagte der Deutschen Welle, derzeit lägen dem Gericht keine offiziellen Informationen vor, für ihn seien keine Verstöße gegen die Rechte russischer Staatsbürger zu erkennen. Er sagte: „Die Sonderpolizei-Einheiten (OMON) gehen überall gleich vor, effektiv und hart.“ Auf die Frage, ob der Zwischenfall sich auf die Beziehungen zwischen Minsk und Moskau auswirken werde, sagte Frolow: „Ich denke, das ist so belanglos, dass es sich auf eine so große und wichtige Sache wie die russisch-belarussischen Beziehungen einfach nicht auswirken kann.“

*Lesya Yurchenko, Jurij Salisnjak, Wladimir Dorochow  
DW-RADIO/Ukrainisch, DW-RADIO/Russisch, 27.4.2005, Fokus Ost-Südost*

### Unabhängiges Meinungsforschungsinstitut in Belarus muss aufgeben

**Das Oberste Gericht in Minsk hat die Schließung eines Forschungsinstituts angeordnet. Begründung: Das Institut habe mehrfach gegen geltende Gesetze verstoßen. Beobachter sehen darin eine rein politische Entscheidung.**

Das „Institut für sozioökonomische und politische Forschungen“ (NISEPI) war der belarussischen Regierung schon immer ein Dorn im Auge. Durch repräsentative Meinungsumfragen und Prognosen haben Experten des Instituts untersucht, wie die belarussischen Bürger die Situation in ihrem Land einschätzen und wie hoch die einzelnen Politiker im Kurs stehen. Institutsleiter Oleg Manajew bedauert: „Die Führung des Landes ist immer stärker daran interessiert, dass in die Gesellschaft keine objektiven Informationen darüber gelangen, was in Belarus tatsächlich passiert.“

### **Öffentliche Meinung beeinflusst?**

Kürzlich leitete das belarussische Justizministerium eine Klage gegen das Institut beim Obersten Gericht ein. Dem NISEPI wurden Verstöße gegen geltende Gesetze vorgeworfen. Über den anstehenden Prozess wurde der Leiter des Instituts, Oleg Manaev, erst 10 Tage vor Beginn der Gerichtsverhandlung informiert. Er bezeichnet die meisten Beschuldigungen als absurd. Unter anderem werde ihm und seinen Mitarbeitern vorgeworfen, die öffentliche Meinung nicht nur zu erforschen, sondern auch zu beeinflussen, und zwar durch die Veröffentlichung der Umfrage-Ergebnisse in den Medien.

Mit einer negativen Entscheidung des Obersten Gerichts hat Institutsleiter Manajew gerechnet. Mehrere Monate habe der Staat auf ihn und seine Mitarbeiter massiven Druck ausgeübt. Dafür gebe es eine einfache Erklärung, so Manaev: „Unsere Umfragen ergeben ein

ganz anderes Meinungsbild in der Bevölkerung, als das, was die Regierung darstellt. Und diese Abweichungen werden immer größer. Die Führung des Landes will keinen Unterschied zwischen der öffentlichen Meinung und ihrer offiziellen Auslegung zulassen.“

### **Keine unabhängigen Informationen mehr**

Das unabhängige NISEPI war in der Bevölkerung sehr beliebt. Auf die Ergebnisse seiner Umfragen beriefen sich renommierte Organisationen im In- und Ausland sowie unabhängige Journalisten. Es war die einzige Informationsquelle, der sie vertrauten, so Swetlana Kalinkina, stellvertretende Chefredakteurin der letzten unabhängigen Zeitung in Belarus „Narodnaja Wolja“ („*Volkswille*“): „Lukaschenkos Macht basiert auf Einbildungen. Die größte davon ist, dass er vom ganzen Volk unterstützt wird. Dieses Hirngespinnst hat das NISEPI durch seine Umfragen immer wieder dementiert. Nach seiner letzten Umfrage unterstützen Lukaschenko weniger als 40 Prozent der Bürger. Da der Präsident keine handfesten Beweise dagegen hat, schafft er diese unerwünschte Institution einfach aus der Welt.“

Es wurden bereits mehrere Versuche unternommen, die öffentliche Meinung zu kontrollieren, erinnert sich Swetlana Kalinkina, die mit dem geschlossenen Meinungsforschungsinstitut eng zusammengearbeitet hat. „Im vergangenen Jahr wurde zum Beispiel angeordnet, alle soziologischen Umfragen mit dem Staat abzustimmen. Vor jeder Umfrage mussten die Soziologen beim Ministerrat vorlegen, welche Fragen sie haben und zu welchem Zweck sie gestellt werden.“

### **Auf dem Weg zum neo-sowjetischen Staat?**

Auf diese Weise will der belarussische Präsident Lukaschenko sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens kontrollieren. Wer nicht mitmacht, muss mit Konsequenzen rechnen. Das betrifft auch Vertreter ausländischer Organisationen, die in Belarus tätig sind. Der ehemalige Leiter der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Minsk, Hans-Georg Wieck, kennt die üblichen Schikanen des belarussischen Regimes aus eigener Erfahrung: „Dieser weitere Schritt ist nur die Fortsetzung der schon seit Jahren betriebenen Umwandlung des Landes in ein neo-sowjetisches Land. Das fing an mit der Beseitigung der staatlichen Institutionen - Parlament, Justiz und Regierung - und setzte sich fort in der Umsetzung des Monopols in den elektronischen Medien, der Marginalisierung der unabhängigen Presse, der Schließung der freien akademisch-wissenschaftlichen Einrichtungen, wie die Europäische Humanistische Universität, und nun die der Politikberatung und Meinungsforschung.“

### **Lukaschenko fixiert auf Machterhalt**

Auch die Vorsitzende der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe, Uta Zapf, findet die aktuelle Entwicklung in Belarus besorgniserregend. Seit Jahren setzt sich die SPD-Bundestagsabgeordnete für die Demokratisierung des autoritär regierten Landes ein. In der Schließung des letzten unabhängigen Meinungsforschungsinstituts sieht Uta Zapf jedoch ein Zeichen: „Das Ganze zeigt, dass Lukaschenko jetzt Panik hat. Er reagiert panisch auf die Versuche der Europäischen Union, andere Wege zu finden, um Demokratie und Menschenrechte in Belarus zu unterstützen. Es ist offensichtlich von ihm nicht erwünscht, eine andere Politik zu entwickeln, die offener und demokratischer ist und den Kontakt zum Westen aufnimmt. Offensichtlich ist er so auf seinen Machterhalt fixiert, dass ihm das ziemlich egal ist.“

Trotz des Verbots seiner Institution will Oleg Manajew alles daran setzen, um die Arbeit in Belarus fortzusetzen. Gegenüber der Deutschen Welle betonte er: „Wir werden auch weiterhin die öffentliche Meinung in Belarus erforschen und die Bürger des Landes mit ihrer

eigenen Meinung konfrontieren. Denn unsere Mission besteht darin, durch repräsentative Meinungsumfragen zur Förderung der Zivilgesellschaft, der Demokratie und der Marktwirtschaft im unabhängigen Belarus beizutragen“.

*Olja Melnik  
DW-RADIO, 20.4.2005, Fokus Ost-Südost*

### **3.3 Studenten- und Jugendbewegungen**

Belarussische Jugendbewegung will mit Witz Angst besiegen

**Die Bewegung „Limon“ (Zitrone) unterstützt nach außen den Präsidenten des Landes Aleksandr Lukaschenko. In Wirklichkeit macht sie sich mit Aktionen in grotesker Art und Weise über seine Alleinherrschaft lustig.**

Belarussische Jugendorganisationen versuchen auf verschiedenste Weise auf sich aufmerksam zu machen. Der offizielle BRSM (*Belarussischer Republikanischer Jugendverband*) lockt mit Nachlässen beim Eintritt in Diskotheken und mit Aktionen für einen gesunden Lebenswandel. Die Bewegung „Subr“ (Wisent) bringt Graffitis mit oppositionellen Losungen an Hauswänden an. Die nicht zugelassene Organisation *Junge Front* veranstaltete vor einigen Jahren so genannten Olympiaden, DJ-Wettbewerbe und Miss-Wahlen.

#### **Alle Aktionen Lukaschenko gewidmet**

Die Mitglieder der Bewegung „Limon“ (Zitrone) verteilen kostenlos an Passanten Zitronenkofekt und erläutern dabei, Karamell helfe, geringe Löhne und hohe kommunale Dienstleistungskosten zu vergessen. Unter der Devise „Süß wird es nicht werden!“ unterhalten die jungen Leute in leuchtend gelber Kleidung die Menschen in der Stadt Gomel bereits seit mehr als einem Jahr.

Alle ihre Veranstaltungen widmen die „Zitronen“, wie sie vom Volk genannt werden, nur einem Mann: Aleksandr Lukaschenko. Seine Porträts kaufen sie in Buchläden auf, um sie dann an die Menschen mit folgendem Kommentar zu verteilen: „Das sind heilbringende Bilder, voller Worte des Präsidenten selbst, und sie tragen dazu bei, genau so klug und schön zu werden wie er.“

#### **Behörden verbieten Kundgebung**

Am 1. April vergangenen Jahres versuchten die Aktivisten der Bewegung „Limon“, im Zentrum der Stadt Gomel eine Kundgebung zu veranstalten, „um die Popularität des belarussischen Präsidenten zu steigern“. Während der Aktion sollten Unterschriften gesammelt werden, für die Umbenennung des Lenin-Platzes in Lukaschenko-Platz. Außerdem wollten die Limon-Aktivisten Plakate aufstellen, mit der Aufschrift: „Die Tschernobyl-Zone ist der schönste Urlaubsort“. Die Behörden untersagten die Kundgebung, worauf die Aktivisten den Beamten vor Ort in Gomel vorwarfen, die Opposition zu unterstützen.

## **Nach polnischem Vorbild**

Der Mitbegründer der Jugendbewegung „Limon“, Ales Kornijenko, glaubt, dass die Angst nur mit Witz zu besiegen sei. Der in Belarus bekannte Politiker und Demokrat erklärte, warum seine Bewegung äußerlich den Präsidenten des Landes unterstützt, aber in Wirklichkeit in grotesker Art und Weise sich über seine Alleinherrschaft lustig macht: „Wenn die Gesellschaft so tut, als wäre alles in Ordnung, dann muss irgendjemand in dieser ernstesten politischen Lage sich darüber lustig machen, was im Lande geschieht.“ Kornijenko betonte, die Idee für die Bewegung Limon sei von der „Orange Alternative“, die Ende der 80er Jahre in Polen aktiv war, übernommen worden. Damals hatte eine Gruppe von Menschen aus Breslau mit lustigen Aktionen den Anschein erweckt, das kommunistische Regime zu verherrlichen, dabei aber die Staatsmacht in die Enge getrieben.

## **Internetseite der „Zitronen“ beliebt**

Heute ist die nicht zugelassene Bewegung „Limon“ auf der politischen Bühne des Landes durchaus präsent. Die auffälligen Aktionen sorgen nicht nur für Diskussionen unter den Mitgliedern der Bewegung selbst. Die Internetseite der „Zitronen“ gehört zu den meistbesuchten in Belarus. „Limon betrachtet sich selbst nicht als eine Organisation, die zu bestehenden in Konkurrenz tritt“, betonte Kornijenko. Er fügte hinzu: „Limon ist ein Konzept, eine Sammlung von Ideen und Methoden, die alle Jugendgruppen auf dem Weg zu Freiheit und Demokratie sowie zur Unabhängigkeit ihres Landes nutzen können.“

*Junelja Krupenko, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 23.1.2006, Fokus Ost-Südost*

## **Jugendbewegung „Subr“ unter Druck**

**Die serbische Otpor, die georgische Kmara und die ukrainische Pora waren die Vorkämpfer der Wende in ihren Ländern. In Belarus ist die Bewegung Subr aktiv. Ihr Koordinator Nikita Sassim wurde am 7. Oktober festgenommen.**

In der vergangenen Woche ist der Koordinator der belarussischen Bewegung Subr (Wisent), Nikita Sassim, von der Miliz festgenommen worden. Der junge Mann wurde in einer Miliz-Dienststelle in der Minsker Innenstadt festgehalten. Zu den Gründen für die Festnahme macht die Miliz keine Angaben. Inzwischen wurde Sassim wieder auf freien Fuß gesetzt. Es ist davon auszugehen, dass Sassim festgenommen wurde, weil er die Aktion vom 16. September „Wir erinnern“ organisiert hatte, die verschwundenen belarussischen Politikern gewidmet war.

## **Politische Romantiker?**

Die Bewegung Subr ist in Belarus umstritten – unter den einfachen Bürgern des Landes, aber auch innerhalb der Opposition. Sie werden als Extremisten, CIA-Söldlinge, aber auch mutige Freiheitskämpfer und politische Romantiker genannt. Aber alle wissen, dass die von den Behörden nicht zugelassene Jugendorganisation bereits seit vier Jahren eine reale und wirksame Kraft darstellt. Derzeit bereitet sich Subr auf die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr vor. Den jungen Menschen helfen Berater aus der Ukraine, Georgien und Serbien.

## **Gründung der Widerstandsbewegung**

Die Geschichte von Subr begann am 14. Januar 2001. Damals versammelten sich 40 junge Leute in Beloweschskaja Puschtscha und beschlossen, eine Widerstandsbewegung zu gründen. Besonderes Augenmerk galt den damals bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Die Bewegung wurde Subr, zu deutsch Wisent, genannt - zu Ehren des Wisents, das Belarus symbolisiert. Bereits am 13. Februar veröffentlichte Subr die Hauptprinzipien der Bewegung: „Unser Weg ist der gewaltlose Widerstand gegen das Regime. Wir teilen die belarussischen Bürger nicht in Freunde und Feinde. Wir sind alle gleichberechtigt und jeder kann auf die Beschlussfassung Einfluss nehmen. Wir wissen, dass man nur durch eigenen Mut den Sieg erreichen kann...“ Ferner setzte sich Subr zum Ziel, Aleksandr Lukaschenko zu entmachten und faire Wahlen zu organisieren.

## **Sassims Wechsel in die Opposition**

In der Bewegung Subr gab es folgende interessante Begebenheit: Im Frühjahr 2004 veranstaltete Nikita Sassim, der damals der Führer des Verbandes der präsidentenfreundlichen Organisation Belarussische Republikanische Union der Jugend (BRSM) in der Schule für Leichtindustrie in der Stadt Baranowitschi war, eine Versammlung. Auf ihr schlug er seinen Anhängern vor, sich der oppositionellen Bewegung Subr anzuschließen. Die Mehrheit unterstützte ihn sogar. Heute gehört Sassim zu den Führern der Bewegung.

## **„Wir dürfen keine Schwäche zeigen“**

Vor einiger Zeit hatte Sassim erklärt: „Das, was wir im März 2004 getan haben, ist ein Vorbild für junge Menschen in Belarus, die in Schulen und Universitäten gezwungen werden, irgendeine Lukaschenko-Ideologie zu studieren. Den Menschen wird untersagt, politischen gesellschaftlichen Organisationen anzugehören. Ihnen wird verboten, eine eigene Meinung zu vertreten. Das, was wir getan haben, ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie man kämpfen muss. Ich denke, dass der Kampf fortgesetzt werden muss. Wir dürfen keine Schwäche zeigen.“

*Sergej Pantschenko, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 10.10.2005, Fokus Ost-Südost*

## **Belarussische Jugendliche kämpfen um ihre Studienplätze**

**Aktivisten demokratischer Jugendorganisationen werden wegen ihrer politischen Ansichten aus Universitäten ausgeschlossen. Um ihr Recht auf Bildung durchzusetzen, greifen sie nun zu extremen Maßnahmen: Hungerstreik.**

Sechs junge Studenten haben sich vor dem Hörsaal versammelt. Um neun Uhr beginnt die Vorlesung, aber sie müssen draußen bleiben. Seit mehreren Monaten dürfen sie an den Lehrveranstaltungen nicht teilnehmen. Grund dafür sind ihre politischen Ansichten.

Student Pawel berichtet: „Ich wurde exmatrikuliert, weil ich an einer Kundgebung teilgenommen habe. Man hat mich festgenommen und zu zehn Tagen Freiheitsstrafe verurteilt. Drei Tage danach flog ich von der Uni.“ Pawel ist verzweifelt. Neben ihm steht sein Kommilitone Artur. Auch er darf seit zwei Monaten nicht mehr in die Uni, erzählt er:

„Als Vorwand hat man mich zu einer Prüfung nicht zugelassen. In Wirklichkeit besuchte ein KGB-Mitarbeiter meinen Dekan und übte auf ihn Druck aus.“

### **Hungerstreik als letzte Möglichkeit?**

Beide jungen Männer sind in der Organisation *Junge Front* aktiv. Rund 2000 Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahre gehören ihr an. Sie setzen sich für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Land ein. Dabei riskieren sie ihren Studienplatz. Vor knapp einem Jahr ist die einzige unabhängige Universität des Landes, die Europäische Humanistische Universität, geschlossen worden. Sie war der letzte Ort, an dem demokratisch orientierte Jugendliche relativ unbehelligt studieren konnten. Nun unterliegt das ganze Bildungssystem der Überwachung des Staates. Seit Anfang des Jahres wurden in Belarus bereits 33 junge Menschen exmatrikuliert. Aber es sind nicht nur Studenten, sondern auch Schüler betroffen. Sie haben keine Möglichkeit mehr, ihre Grundausbildung abzuschließen, obwohl diese vom Grundgesetz vorgeschrieben ist. Pawel berichtet: „Am Anfang haben wir dagegen protestiert, aber unsere Forderungen wurden nicht gehört. Alles wurde nur noch schlimmer. Also mussten wir in Hungerstreik treten. Das ist unsere letzte Hoffnung.“

### **„Kinder wollen lernen“**

Die Jugendlichen fordern, dass die exmatrikulierten Studenten ihr Studium wieder aufnehmen dürfen. Das Motto der Aktion heißt: „Kinder wollen lernen“; ihr Emblem ist eine gelbe Sonne, die über einer Schulbank aufgeht. Plakate mit diesem Motiv sieht man überall in belarussischen Städten. Der 17-jährige Vadim berichtet über den Hungerstreik: „Wir trinken nur Wasser und verzichten auf andere Lebensmittel. Solange unsere Kräfte reichen, gehen wir unseren alltäglichen Pflichten nach. Danach konzentrieren wir uns nur auf das Hungern.“

Mit jedem Tag schließen sich dem Hungerstreik weitere Jugendliche an. Derzeit nehmen elf junge Menschen, darunter zwei Minderjährige daran teil. Sie hungern gemeinsam in einer Wohnung am Stadtrand von Minsk. Am Sonntag (29.5.) bekamen sie Besuch von der Leiterin der Ideologie-Abteilung der Universität und einem Polizisten. Die Beamten notierten die Namen der Jugendlichen und schlugen ihnen vor, den Hungerstreik zu beenden. Doch diese lassen sich nicht darauf ein. Student Artur bekräftigt: „Wir werden so lange durchhalten, bis alle betroffenen Schüler und Studenten ihre Ausbildung fortsetzen können.“ Am vergangenen Mittwoch (1.6.2005), dem achten Tags des Hungerstreiks bekamen vier Jugendliche gesundheitliche Probleme und mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

### **Unterstützung aus der Bevölkerung**

Die Jugendlichen finden Unterstützung in allen Schichten der Bevölkerung. Eine Reihe bekannter Persönlichkeiten aus Politik und öffentlichem Leben starteten bereits eine Unterschriftenaktion. Sie fordern die belarussische Regierung auf, die Repressionen gegenüber den Jugendlichen zu stoppen. Die Petition wurde am Mittwoch dieser Woche dem belarussischen Bildungsminister übergeben. Eine Antwort gab es nicht. Die belarussischen Jugendlichen sind zuversichtlich: „Wir werden es schaffen, uns selbst und unser Land zu verteidigen und uns eine gute Zukunft zu sichern. Jetzt müssen wir zusammenhalten. Nur so können wir dem Regime widerstehen. Es bleibt uns nichts anderes übrig.“

*Olja Melnik  
DW-RADIO, 1.6.2005, Fokus Ost-Südost*

## 4. Belarus und die Medien

Belarus: Auch Internet gerät unter staatliche Kontrolle

**Das Internet galt in Belarus lange als Sprachrohr der unabhängigen und regimekritischen Kräfte. Doch auch der letzte von der offiziellen Propaganda noch nicht erfasste Raum wird zunehmend eingedämmt.**

In belarussischen Internetcafes werden die Besucher registriert. Sie müssen erst ihren Personalausweis vorlegen, bevor sie im Internet surfen dürfen. Jurij Sisser, Direktor des belarussischen Internetportals tut.by, erläuterte in einem Gespräch mit der Deutschen Welle, dass die Speicherung persönlicher Daten von Internetcafe-Besuchern mit der Notwendigkeit begründet werde, Hacker bekämpfen zu müssen.

### **Kontrolle ohne großen Erfolg**

Andrej Bostunez, stellvertretender Vorsitzender des belarussischen Journalistenverbandes, sagte der Deutschen Welle, die Behörden versuchten längst, das Internet unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Staatsmacht wolle mit Gesetzen oder administrativen Maßnahmen die Internet-Nutzung einzuschränken, aber bislang ohne großen Erfolg. Sisser meint, derzeit werde erprobt, wie die Verbreitung von Informationen im Internet und der Zugang zum Internet behindert werden könne.

### **Trickfilme im Visier der Behörden**

Nach Ansicht von Botunez zählen die Reporter ohne Grenzen Belarus zu den Feinden des Internets, weil die Behörden Autoren von Internetseiten verfolgen, auf denen Zeichentrickfilme heruntergeladen werden können, deren Hauptfiguren dem belarussischen Präsidenten und Personen aus dessen engem Umfeld ähneln. Gegen die Autoren der Trickfilme laufen Ermittlungsverfahren. Sisser betonte, die Staatsmacht habe genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie eigentlich wollte. Die Blockade der Seite mit den politischen Zeichentrickfilmen habe zur Folge gehabt, dass deren Besucherzahlen deutlich angestiegen seien. Bostunez erinnert daran, dass in Grodno im Jahr 2002 die Zeitung Pagonja geschlossen worden sei, unter anderem deswegen, weil sie Internet-Links veröffentlicht habe. Außerdem würde heute in einigen Bildungseinrichtungen der Zugang zu „unerwünschten“ Internet-Seiten blockiert.

*Jelena Danejka, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 24.11.2005, Fokus Ost-Südost*

## Rekord-Strafe für belarussische Zeitung

**Die Tageszeitung *Narodnaja wolja* ist von einem Minsker Gericht zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von umgerechnet 40.000 Euro verurteilt worden. Begründung: Sie soll einen verleumderischen Artikel abgedruckt haben.**

Im Juni dieses Jahres hat ein Minsker Gericht der Klage des Vorsitzenden der belarussischen Liberaldemokratischen Partei, Sergej Gajdukewitsch, gegen die einzige belarussische nichtstaatliche Tageszeitung *Narodnaja wolja* (deutsch: Volkswille) stattgegeben. Richterin Ljubow Walewitsch erkannte einen Artikel der Zeitung als verleumderisch an, in dem von einer angeblichen Zusammenarbeit der belarussischen Liberaldemokraten mit dem Regime von Saddam Hussein berichtet wurde. In der Zeitung wurde behauptet, die Liberaldemokratische Partei habe in den Jahren der Herrschaft Saddam Husseins angeblich von den irakischen Behörden eine Quote zum Verkauf von Erdöl erhalten. Während dieser Operationen seien gegenüber Bagdad Schulden in Höhe von umgerechnet einer Million Dollar entstanden.

### **Zeitung in Zahlungsschwierigkeiten**

Das Minsker Gericht verpflichtete die Zeitung, dem Führer der belarussischen Liberaldemokraten Gajdukewitsch eine Entschädigung für moralischen Schaden in Höhe von umgerechnet 40.000 Euro zu zahlen. Das ist für das Land eine Rekordsumme, die von der Zeitung nicht aufgebracht werden kann.

In einem Interview für die Deutsche Welle gab der Kläger Gajdukewitsch keine klare Antwort auf die Frage, warum der ihm zugefügte moralische Schaden so hoch geschätzt worden ist. Bisher war es übliche Gerichtspraxis, dass Entschädigungssummen viel niedriger angesetzt wurden. Der Chef der Liberaldemokraten ist der Ansicht, dass die Zeitung für diese Situation selbst verantwortlich ist. Gajdukewitsch unterstrich, er habe der Redaktion die echten Unterlagen vorgelegt, aus denen hervorgegangen sei, dass der Zeitung Fälschungen vorgelegen hätten.

### **Hohe Hilfsbereitschaft der Leser**

Am 20. September erschienen unangekündigt in der Redaktion der Zeitung *Narodnaja wolja* die Gerichtsvollstrecker. Daraufhin wandte sich die Zeitung mit einem Hilfeaufruf an seine Leser. Schon einen Tag später ging bei der Zeitung die Hälfte der vom Gericht verlangten Summe ein. Die Redakteurin der Zeitung Swetlana Kalinkina sagte der Deutschen Welle: „Damit haben wir nicht gerechnet. Unseren Hilfeaufruf erhörten sehr viele Menschen. Vor allen handelt es sich dabei um alte Menschen, um Rentner, die von ihrem wenigen Geld gespendet haben.“ Kalinkina zufolge wird die Zeitung dank der Spenden nun beginnen, die Entschädigung abzuzahlen.

*Irina Makowezkaja, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 28.9.2005, Fokus Ost-Südost*

## Deutsche Welle startet Programmfenster für Belarus

**Die Deutsche Welle sendet ab dem 3. Oktober ein neues Informationsprogramm speziell für die Republik Belarus. Für die mit EU-Mitteln geförderte Initiative gibt es viel Lob, aber auch Kritik.**

Die Situation in Belarus ist schon seit langem Bestandteil der Berichterstattung im Russischen Programm der Deutschen Welle: Korrespondenten berichten regelmäßig über die Isolationspolitik von Präsident Lukaschenko, die schwierige Lage der Medien und die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen. Mit dem neuen Programmfenster gibt es nun mehr Sendezeit für diese Themen: Fünfzehn Minuten werktäglich, von Montag bis Freitag stehen Ereignisse in Belarus im Mittelpunkt.

### **Alternatives Informationsangebot**

Belarusskie Chroniki, Weißrussische Chronik, heißt die neue Sendung. Sie wird live moderiert und am frühen Abend, um 18:30 weißrussischer Zeit, ausgestrahlt. Sie richtet sich an alle Menschen in Belarus, die an alternativen, regierungs-unabhängigen Informationen interessiert sind. Erik Bettermann, Intendant der Deutschen Welle, hat dabei vor allem die Jugend im Blick: „Man wird in diesem Land sicherlich auf die kommenden Generationen setzen müssen. Wenn man so etwas wie Verbreitung der Informationen und unabhängige Kenntnisse über die Europäische Union vermitteln will, dann muss man auf die kommenden Generationen setzen, Studenten ansprechen und auch die Info-Eliten“, so Bettermann auf einer Pressekonferenz zum Programmstart.

### **Weg für die Demokratie ebnen**

Obwohl Weißrussland unmittelbarer Nachbar der EU ist, ist das Land weitgehend isoliert. Deshalb spielen gerade auch europäische Themen im neuen Programmfenster eine große Rolle. Bilaterales aus Brüssel, Informationen über die europäische Integration und europäische Institutionen sollen der weißrussischen Bevölkerung nahe gebracht werden.

In Brüssel stießen die Pläne der Deutschen Welle schnell auf Zustimmung: Die Europäische Kommission fördert das neue Programmfenster mit gut 130.000 Euro. EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner erläutert die Interessen der EU an einem unabhängigen Medienangebot für Belarus: „Wir stellen uns vor, dass wir damit den Weg langsam für die Demokratie in Weißrussland ebnen. Wir führen den Menschen vor Augen, was in anderen Ländern passiert, wie es eigentlich sein sollte, welche Möglichkeiten sie haben sollten zur freien Meinungsäußerung. Das alles soll langsam vermittelt werden.“

### **Sprachenstreit**

Schon vor dem Sendestart war das Interesse am neuen Programmangebot groß. Offizielle deutsche Vertreter in Weißrussland wie der deutsche Botschafter und Wissenschaftler begrüßten das neue Medienangebot ausdrücklich. Doch neben positiven Reaktionen gab es im Vorfeld auch Kritik: Denn die Deutsche Welle wird das Programmfenster in russischer Sprache ausstrahlen - nicht auf Weißrussisch. Dies, so die Argumentation der Kritiker, sei ein Affront gegen die weißrussische Kultur und unterstütze die Russifizierung des Landes. Das sieht Wladimir Dorochow anders. Er hat jahrelang für die DW aus der weißrussischen Hauptstadt Minsk berichtet. Nun arbeitet er als Redakteur im neuen Belarus-Fenster. Dorochow meint zu den Vorwürfen der Kritiker: „Ich respektiere ihre Meinung, aber ich glaube, die Realität sieht zurzeit anders aus. Die große Mehrheit, ungefähr 80 Prozent der

Bevölkerung in Weißrussland sprechen Russisch zu Hause und im Alltag. Nur sieben Prozent benutzen Weißrussisch.“

Neben dem russischen Informationsangebot werden zusätzlich Inhalte der Sendungen in weißrussischer Sprache über das Internet verbreitet. Eines haben jedoch alle Programmangebote für Belarus gemeinsam: Sie wollen unabhängige Informationen bieten, zu Demokratisierung und Medienfreiheit in Weißrussland beitragen - ganz gleich, in welcher Sprache.

*Britta Kleymann  
DW-RADIO, 29.9.2005, Fokus Ost-Südost*

Benita Ferrero-Waldner: „Mangel freier Meinungsäußerung in Weißrussland“

**Die EU-Kommission will eine unabhängige Radiosendung für Belarus unterstützen. Im Interview mit DW-RADIO spricht Außenkommissarin Ferrero-Waldner über Meinungsfreiheit in Belarus und wie diese verbessert werden soll.**

*DW-RADIO: Frau Ferrero-Waldner, warum braucht Belarus Ihrer Meinung nach einen solchen Medienexport?*

Benita Ferrero-Waldner: Zuerst möchte ich sagen, dass wir sehr besorgt sind über den Mangel an freier Meinungsäußerung in Weißrussland. Und wie wir alle inzwischen wissen, wurden die unabhängigen Medien in Weißrussland immer stärkeren Beschränkungen ausgesetzt in den letzten Jahren. Und daher ist es, glaube ich, eine wichtige und dringende Aufgabe, gerade vor dem Hintergrund dieser Verschlechterung der Menschenrechtssituation die Medien verstärkt auch auf Weißrussland auszurichten. Also, wie Sie sagen, einen Medienexport durchzuführen, indem man der weißrussischen Bevölkerung selber durch Radiosendungen jeden Tag durch eine ganze Woche hindurch 15 Minuten immer wieder einfach die eigene Politik vor Augen führt, aber auch natürlich das weitergibt, was in der ganzen Welt passiert und vor allem in den Nachbarländern. Wir wollen ein Bewusstsein schaffen für mehr Demokratie, für mehr Rechtstaatlichkeit, für Freiheit der Presse, für Menschenrechte. Und ich hoffe, dass damit dieses Bewusstsein langsam aufgebaut werden kann.

*Inwiefern wird denn in Weißrussland für das Radioprogramm geworben? Wie sollen die Menschen überhaupt erfahren, dass es ein neues Radioangebot gibt?*

Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Frage. Was wir vorhaben und was wir bereits machen, das sind regionale Seminare und Rundtischgespräche, das sind auch Informationszusammenkünfte, vor allem im Rahmen auch unseres Tacis-Programms. Und dabei wird auch durch unsere Delegation, die Delegation der Europäischen Kommission, in Minsk Information und Kommunikation über unsere Aktivitäten gegeben, und wir hoffen, dass sich das schnell herumspricht, sobald die Sendung läuft.

*Was erhoffen Sie sich generell von diesem Projekt, das ja auf ein Jahr zunächst angelegt ist?*

Wir werden natürlich dann eine Bewertung vornehmen, wie gut war es, wie gut ist es angekommen, hat es etwas bewirkt? Wir stellen uns vor, dass wir damit den Weg langsam für die Demokratie in Weißrussland ebnen, indem wir den Menschen vor Augen führen, was in

anderen Ländern passiert, wie es eigentlich sein sollte, welche Möglichkeiten sie haben sollten zur freien Meinungsäußerung. Und alles das soll langsam vermittelt werden.

*Jetzt habe Sie das erste Mal Weißrussland für solch ein Projekt ausgewählt. Gibt es Pläne für andere Länder auch in nächster Zukunft?*

Nein. Wir haben uns jetzt besonders auf Weißrussland konzentriert, weil die Situation dort besonders schlecht ist und weil es ein europäisches Land ist. Sie wissen ja, dass Weißrussland grundsätzlich auch zur Europäischen Nachbarschaftspolitik gehören würde, aber wir können natürlich nur dann Weißrussland auch voll miteinbeziehen, wenn es in die Richtung verstärkter Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und auch ebene freier Meinungsäußerung geht. Derzeit ist es noch nicht so weit.

*DW-RADIO, 25.8.2005, Fokus Ost-Südost*

## Neuer Druck auf unabhängige Medien in Belarus

**Die Worte „national“ und „belarussisch“ dürfen in Namen nicht-staatlicher Organisationen nicht mehr vorkommen. Einige Medien müssen nun eine Neuzulassung beantragen. Unabhängige Journalisten verurteilen dies vehement.**

Unabhängige Journalisten in Belarus sind überzeugt, dass der Erlass von Präsident Aleksandr Lukaschenko „Über die anständige Verwendung der Worte ‚national‘ und ‚belarussisch‘ in Namen von Organisationen“ darauf abzielt, den unabhängigen Medien ihre Arbeit zu erschweren. Gemäß dem Erlass dürfen die Worte national und belarussisch künftig nur noch in den Namen eines begrenzten Kreises juristischer Personen vorkommen. Nicht-staatliche Medien sind von diesem Kreis ausgeschlossen. Medien, deren Namen den neuen Regelungen nicht entsprechen, müssen sich laut dem Erlass des Präsidenten um eine Neuzulassung bemühen, für die eine Frist von drei Monaten vorgesehen ist. Die Medien, die innerhalb dieser Frist das Verfahren nicht bewältigen, werden dann nicht mehr arbeiten dürfen.

### **Persönliche Genehmigung des Präsidenten**

Die Notwendigkeit des Erlasses begründete Justizminister Wiktor Golowanow damit, dass die Worte national und belarussisch die Souveränität des Landes betonten und deshalb nur in Namen staatlicher Strukturen vorkommen dürften. Alle anderen müssten sich das Recht, jene Worte in ihren Namen tragen zu dürfen, verdienen. Eine entsprechende Genehmigung werde dann Präsident Lukaschenko persönlich erteilen. Golowanow versicherte zugleich, niemand werde unter der nun notwendigen Neuzulassung leiden. Den Optimismus des Justizministers teilen Vertreter unabhängiger Medien aber nicht.

### **Behörden missachten Fristen**

Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Rechtsschutz-Zentrums für Medien, Andrej Bostunez, zufolge hat der Erlass zum Ziel, die Arbeit nicht-staatlicher Zeitungen zu erschweren. Bostunez unterstrich, für die Neuzulassung sei eine sehr kurze Frist vorgesehen. Er sagte: „Im Prinzip ist es realistisch, dass eine Zeitung innerhalb von drei Monaten ein Zulassungsverfahren bewältigt, aber das Verfahren gilt nicht nur für die Zeitung, sondern auch für die Redaktion und die Inhaber.“ Drei Monate würden genügen, wenn die Behörden selbst alle Fristen genau einhalten würden, was sie aber nie machten, so Bostunez.

## **Zeitungen verlieren Namen**

Wjatscheslaw Chodosowskij, der als Redakteur für die älteste unabhängige Zeitung des Landes, *Belorusskij rynok*, tätig ist, sagte der Deutschen Welle ebenfalls, man werde die Fristen nicht einhalten, da es zahlreiche Wege gebe, das Zulassungsverfahren hinauszuzögern. Chodosowskij betonte, eine Neuzulassung würde für die Zeitung den Verlust ihres bekannten Namens bedeuten, was dem Wochenblatt hohe Kosten verursachen würde. Er sagte: „Wir können vor Gericht dagegen nicht vorgehen, weil das belarussische Rechtssystem so etwas unmöglich macht.“

Negativ bewertet den Präsidentenerlass auch der Chefredakteur der *Belorusskaja delowaja gaseta*, Pjotr Marzew. Er hofft, dass ein Weg gefunden wird, die Neuzulassung so zu gestalten, dass sie sich auf die Leser der Zeitung nicht auswirken wird. Zugleich schloss er nicht aus, dass sich die Zeitung künftig nur noch abgekürzt „BDG“ nennen wird.

*Wladimir Dorochow, Minsk  
DW-RADIO/Russisch, 7.6.2005, Fokus Ost-Südost*

## Zur Situation der unabhängigen Presse in Belarus

**In den letzten zwei Jahren wurden in Belarus über 40 Zeitungen eingestellt oder geschlossen. Die Strategie des Präsidenten: Es soll keinen Raum für unabhängige Presse mehr geben. Doch die kämpfen um ihre Existenz.**

„Ich wollte nur meiner Pflicht nachgehen“, gesteht eine junge Journalistin vor Gericht. Doch es ist zu spät. Die Verhandlung hat bereits begonnen und sie kann den Prozess nur verlieren. Denn mit ihrem kritischen Bericht hat Irina die „Würde des Präsidenten“ beleidigt. Dafür kommt man in Belarus ins Gefängnis. Irina hat Glück – es bleibt bei einer Geldstrafe. Eine Woche später aber verliert sie ihren Job, die ganze Zeitung wird per Gerichtsbeschluss geschlossen.

### **Repression statt Information**

Irina ist kein Einzelfall. Belarus gehört zu den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, in denen es um die Pressefreiheit besonders schlecht bestellt ist. Kritische Blätter werden per Gerichtsbeschluss eingestellt und erscheinen nur noch als Internet-Version. Ihre Mitarbeiter erhalten keine Akkreditierung und keinen Zugang zu behördlichen Informationen. Stattdessen müssen sie mit Repressionen, Verhaftung, wirtschaftlichen und rechtlichen Schikanen rechnen.

### **Druckverbot und Geldstrafe**

Dutzende von unabhängigen Blättern kämpfen heute noch ums Überleben. Eine davon ist die renommierte *Belorusskaja delowaja gazeta* (Belarussische Geschäftszeitung). Vor zwei Jahren wurde sie verboten und muss nun im Ausland gedruckt werden. „Am Beispiel unserer Zeitung lässt sich die ganze Strategie der Regierung erkennen“, erklärt Chefredakteur Petr Marzew. „Zuerst wurde sie für drei Monate eingestellt, darauf folgte ein landesweites Druckverbot, drei Monate später durfte die Zeitung nicht mehr durch offizielle Kanäle

verbreitet werden. Letztlich ergaben sich endlose Gerichtsverfahren mit unermesslichen Strafen.“

Die Geldstrafen übertreffen das Budget der Zeitung um ein Vielfaches. Da die üblichen Verkaufswege blockiert sind, kann sie nur unter der Hand verkauft werden. Häufig werden die freien Verkäufer verhaftet. Dennoch ist die Zeitung in Belarus heute populärer denn je. „Eine Zeitung stirbt erst, wenn sie nicht mehr gelesen wird. Solange eine entsprechende Nachfrage besteht, wird sie weiter existieren, trotz aller Verbote“, so Petr Marzev.

### **Auf der Schwarzen Liste**

Auch die stellvertretende Chefredakteurin der unabhängigen Zeitung *Narodnaja Wolja* (Volkswille) kämpft ums journalistische Überleben. Ihre Zeitung steht ebenfalls auf der schwarzen Liste des Präsidenten. Sie darf nicht in öffentlichen Einrichtungen abonniert werden, denn ihre Position stimmt nicht mit der der Machtorgane überein. Der belarussische Journalisten-Verband kämpft gegen die willkürliche Schließung unabhängiger Zeitungen. Seine Mitarbeiter haben sich zum Ziel gesetzt, die wenigen kritischen Medien am Leben zu erhalten. Sie sorgen dafür, dass die verbotenen Blätter im Ausland gedruckt werden und versuchen, ihr eigenes Vertriebsnetz zu schaffen.

### **Informationsmonopol sprengen**

Trotz der aussichtslosen Lage auf dem freien Medienmarkt gibt es noch einen Funken Hoffnung für Journalisten. Es lohnt sich, weiter um seine Freiheit zu kämpfen, so die Präsidentin des belarussischen Journalistenverbandes Zhanna Litvina: „Es ist klar, dass sich die Lage in Belarus ändern wird, egal, ob es der Staatsführung passt oder nicht. Wir werden das bestehende Informationsmonopol sprengen. Die Bürger sollen Zugang zu unabhängigen Informationen bekommen und lernen, selbständig zu denken. Erst dann werden sie imstande sein, über ihre Zukunft frei zu entscheiden.“

*Olja Melnik  
DW-RADIO, 29.4.2005, Fokus Ost-Südost*

# DEUTSCHE WELLE



## Deutsche Welle Fokus Ost-Südost

### Ihr Newsletter mit Berichten und Analysen aus und über Ost- und Südosteuropa

Hat die Demokratie in Belarus eine Chance? Wie bedroht ist die Zivilgesellschaft in Russland und anderen GUS-Staaten?

Wie weit sind Kroatien, Rumänien und Bulgarien auf dem Weg in die EU? Gelingt die nachhaltige Stabilisierung des westlichen Balkan?

Der Fokus Ost-Südost bietet jede Woche exklusiv aktuelle Beiträge und Analysen der DW-Radioprogramme für Ost-, Südosteuropa und die GUS-Staaten in deutscher Sprache. Korrespondenten berichten direkt aus der Region.

Auch Sie können den Newsletter kostenlos jede Woche erhalten. Eine E-Mail an die Redaktion genügt:

[ostfokus@dw-world.de](mailto:ostfokus@dw-world.de)

Alle Texte sind darüber hinaus online abrufbar:

<http://www.dw-world.de/ostfokus>